

Statistisches Bundesamt • 65180 Wiesbaden • Deutschland

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Deutschland

ZD/Bereich Vertrieb

Telefon: +49 (0)611 / 75-31 25
Telefax: +49 (0)611 / 75-2555
vertrieb@destatis.de

Geschäftszeichen: ZD-Vertrieb-Z-Kd

WICHTIGE KUNDENINFORMATION

FÜR SIE ALS BEZIEHER UNSERER STATISTISCHEN VERÖFFENTLICHUNGEN

Wiesbaden, im März 2004
Seitenanzahl: 2

Betreff: Neues Vertriebskonzept des Statistischen Bundesamtes

Sehr geehrte Damen und Herren,

da unser Haus ab April 2004 sein Vertriebskonzept neu ordnet, möchten wir Sie als Bezieher unserer Veröffentlichungen über die Sie betreffenden Änderungen unterrichten.

Nachdem sich – national und international – das Internet zur allgemein zugänglichen und wahrgenommenen Kommunikationsplattform entwickelt hat, baut das neue Vertriebskonzept unseres Hauses auf dieser modernen Informations- und Kommunikationstechnik auf.

Das bedeutet für Sie im Einzelnen:

1. Die Ihnen bekannten Veröffentlichungsreihen Fachserie 1 bis 19 werden ab Anfang April 2004 **kostenfrei** als Download-Produkte über unser neues Online-Shop-System herausgegeben.
2. Einhergehend mit diesem elektronischen Angebot werden schrittweise die kostenpflichtigen Printausgaben eingestellt.
3. In der ersten Umstellungsphase ab April 2004 werden die Fachstatistiken im pdf-Format und schrittweise auch als Excel-Datei zum **Download** angeboten.
4. Kostenpflichtige Mehrwertprodukte in Print- und elektronischer Form, wie z. B. das Statistische Jahrbuch, die Blickpunktreihe, Spektrum- und Forumsbände sowie Klassifikationen, wie das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, werden weiterhin in unserem Veröffentlichungsprogramm vertreten sein.
5. Der neue Online-Shop des Statistischen Bundesamtes wird am **5. April 2004** eröffnet. Sie finden ihn unter der Internet-Adresse <http://www.destatis.de/shop>. Der bislang über diese Adresse betriebene Statistik-Shop wird zum Startzeitpunkt deaktiviert.

Zentrale:

Telefon: + 49 (0)611 / 75 (1)
Telefax: + 49 (0)611 / 72 - 4000
info@destatis.de
www.destatis.de

Servicezeiten:

Mo - Do: 8.00 - 17.00 Uhr
Fr: 8.00 - 15.00 Uhr
Infoservice:
Telefon: + 49 (0)611 / 75-2405
Telefax: + 49 (0)611 / 75-3330

Postanschrift:

65180 Wiesbaden, Deutschland
Haus-/Lieferanschrift:
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden, Deutschland

Bankverbindungen:

Bundeskasse Trier, Konto Nr.: 585 010 05
Deutsche Bundesbank, Filiale Trier (BBk Trier)
BLZ: 585 000 00
Auslandszahlungen:
IBAN: DE87 5850 0000 0058 5010 05
SWIFT: MARKDEF1585

Unser Haus wird das neue Online-Shop-System gemeinsam mit seinem Vertriebspartner Servicecenter Fachverlage betreiben, um Ihnen einen besseren Überblick und Zugang zum Leistungsangebot der amtlichen Statistik und ihrer Inhalte zu ermöglichen.

- ◆ So enthält das neue Online-Shop-System alle im Vertrieb befindlichen Veröffentlichungsprodukte im Print- und elektronischen Bereich.
- ◆ Diverse Suchfunktionen werden Ihnen eine effiziente Recherche nach statistischem Datenmaterial ermöglichen.
- ◆ Auf Wunsch werden Sie per E-Mail über aktuelle Neuauflagen zu einem Titel informiert.
- ◆ Sie sind bereits als Kunde in unserem bisherigen Statistik-Shop registriert? Dann bitten wir Sie um Beachtung und Ihr Verständnis, dass der neue Online-Shop, aus technischen Gründen eine Neuregistrierung Ihrerseits erforderlich macht.
- ◆ Ausnahme hierzu stellen die kostenfreien Online-Produkte dar, diese stehen künftig jedem Shop-Besucher unmittelbar zum direkten Download bereit.
- ◆ Natürlich können Sie auch weiterhin Ihre Bestellung von Print- und CD-ROM-Produkten telefonisch oder in schriftlicher Form, per Brief, Fax oder als E-Mail unserem Vertriebspartner in Auftrag geben.
- ◆ Abonnenten, die von der Einstellung der Printausgabe im Fachserienbereich betroffen sind, werden von unseren Fachredaktionen im Hause entweder durch Beilage in den noch erscheinenden Fachserien oder durch persönliche Anschreiben unterrichtet. Mit Einstellung der Printausgaben endet der Abonnementauftrag. Der alternative Bezug der Download-Produkte erfordert die persönliche Registrierung im neuen Online-Shop-System ab April.
- ◆ Natürlich haben wir auch an all die Bezieher gedacht, die auf die Printausgabe trotz deren Einstellung als Veröffentlichung nicht verzichten können: Ihnen stehen unsere Fachauskunftsdienste im Hause zur Verfügung, deren Leistungsspektrum u. a. auch ein Print-on-demand-Angebot umfasst.

Sollten Sie weitere Informationen benötigen oder Fragen zu unserem Vertriebskonzept haben, stehen Ihnen unsere Mitarbeiter im Bereich ZD/Vertrieb unter der Service-Nummer +49 (0) 6 11/75 31 25 gerne mit Rat und Tat zur Seite.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns auf dem Weg ins digitale Zeitalter begleiten und Sie unseren neuen Online-Shop ab 5. April 2004 als Zugangsportale für einen schnellen und kostengünstigen Datenbezug in Ihrem Hause nutzen.

Wir bedanken uns für das uns entgegengebrachte Vertrauen und hoffen, Sie auch weiterhin zu unserem Kundenstamm zählen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Marion Engelter

Fachserie 2 / Reihe 4.1

UNTERNEHMEN UND ARBEITSSTÄTTEN

Insolvenzverfahren

Statist. Bundesamt - Bibliothek



04-14186

Dezember und Jahr 2003

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Fachliche Informationen

zu dieser Veröffentlichung:

Gruppe IV C, Wilfried Brust
Tel.: +49 (0) 611 / 75 - 25 70, -29 78
Fax: +49 (0) 611 / 75 39 63
wilfried.brust@destatis.de

Allgemeine Informationen

zum Datenangebot:

Informationsservice,
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30
info@destatis.de
www.destatis.de

**Veröffentlichungskalender
der Pressestelle:**

www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Mai 2004

Preis: EUR 5,65 [D]

Bestellnummer: 2020410-03712-1

Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50
Fax: +49 (0) 70 71 / 93 53 35
destatis@s-f-g.com

Inhalt

	Seite
Textteil	
1 Erläuterungen zur Insolvenzstatistik	4
2 Insolvenzen 2003	5
Tabellenteil	
1 Zusammenfassende Übersichten	
1.1 Entwicklung der Insolvenzen	17
1.2 Personen, denen (bzw. für die) im Berichtszeitraum Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld (Insg) bewilligt wurde	18
1.3 Wechselproteste und nicht eingelöste Schecks	18
1.4 Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten von Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Ländern (Jahre 2002 und 2003)	19
2 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter der Unternehmen und Zahl der Beschäftigten (Dezember 2003)	20
3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen (Dezember 2003)	21
4 Insolvenzen nach Ländern (Dezember 2003)	24
5 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter der Unternehmen und Zahl der Beschäftigten (Jahr 2003)	25
6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen (Jahr 2003)	26
7 Insolvenzen nach Monaten (Jahr 2003)	29
8 Insolvenzen nach Ländern (Jahr 2003)	30
9 Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen nach Forderungsgrößenklassen (Jahr 2003)	31
10 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Alter, Antragstellern, Gründen der Eröffnung, Art der Verwaltung nach Rechtsformen (Jahr 2003)	32
11 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter nach Beschäftigtengrößenklassen (Jahr 2003)	33

Gebietsstand

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand
der Bundesrepublik Deutschland seit dem 3.10.1990

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Ergebnisse der Länder in tieferer regionaler bzw. sachlicher Gliederung werden in den "Statistischen Berichten"
der Statistischen Landesämter unter der Kennziffer J | 1 veröffentlicht.

1 Erläuterungen zur Insolvenzstatistik

Seit 1. Januar 1999 gilt in Deutschland eine einheitliche Insolvenzordnung. Sie löste die bis dahin gültige Konkurs- und Vergleichsordnung im früheren Bundesgebiet und Berlin (West) sowie die Gesamtvollstreckungsordnung in den neuen Ländern und Berlin (Ost) ab. Mit Hilfe der Insolvenzordnung können alle Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von natürlichen und juristischen Personen geregelt werden. Ziele eines gerichtlichen Verfahrens sind die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder in einer abweichenden Regelung, die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. Sanierung des Unternehmens. Dem redlichen Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von seinen Verbindlichkeiten zu befreien. Zum 1. Dezember 2001 wurde das Insolvenzrecht erneut novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellose natürliche Personen die Verfahrenskosten gestundet bekommen. Diese Gesetzesänderung hat erhebliche Auswirkungen auf die Darstellung der statistischen Ergebnisse.

1.1 Rechtsgrundlage

Mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ wurde in § 39 ab dem Jahr 2000 die Durchführung einer Insolvenzstatistik angeordnet (BGBl I S. 2398 vom 15. Dezember 1999). Bis 1998 beruhte die Insolvenzstatistik auf Weisungen der Justizverwaltungen der Bundesländer, die in den „Mitteilungen für Zivilsachen“ (MiZi) zusammengefasst waren. Sie galt daher als so genannte „koordinierte Länderstatistik“.

1.2 Erhebungsmethode

Die Insolvenzgerichte sind verpflichtet, bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder dessen Abweisung mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse sowie bei Annahme eines Schuldenbereinigungsplans durch die Gläubiger die Statistischen Ämter der Länder darüber zu informieren. Im Falle der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens sind weitere Angaben erforderlich. Spätestens zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr sind die Statistischen Landesämter über die Art der Beendigung und das finanzielle Ergebnis des Verfahrens zu unterrichten. Die Übermittlung der Angaben von den Gerichten an die Statistischen Landesämter erfolgt auf Erhebungsvordrucken oder auf elektronischem Wege. Vom Statistischen Bundesamt werden die Länderergebnisse zum Bundesergebnis zusammengefasst.

Angaben über die Zahl der Bezieher von Insolvenzgeld (früher Konkursausfallgeld) stammen von der Bundesanstalt für Arbeit. Die Zahl der Scheck- und Wechselproteste wird von der Deutschen Bundesbank bereitgestellt.

1.3 Veröffentlichungen

Die Veröffentlichung der eröffneten oder mangels Masse abgewiesenen Insolvenzverfahren sowie der angenommenen Schuldenbereinigungspläne erfolgt monatlich in der Fachserie 2, Reihe 4.1. Darüber hinaus werden die finanziellen Ergebnisse der eröffneten Verfahren im zweiten Jahr nach dem Eröffnungsjahr jährlich in der Fachserie 2, Reihe 4.2 veröffentlicht. Ent-

sprechende Veröffentlichungen erfolgen jährlich auch in „Wirtschaft und Statistik“ und im Statistischen Jahrbuch.

1.4 Definitionen

Insolvenzverfahren: Zu unterscheiden ist zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren.

Regelinsolvenzverfahren: Diese Art des Verfahrens kommt für Unternehmen und seit Dezember 2001 auch für Kleinunternehmen (Kleingewerbe) in Betracht. Außerdem findet es Anwendung bei Nachlassangelegenheiten sowie bei solchen natürlichen Personen die u. a. als Gesellschafter an einem größeren Unternehmen beteiligt sind sowie bei Personen die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, d. h. mehr als 19 Gläubiger haben oder bei denen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Verbraucherinsolvenzverfahren: Diese Art des Verfahrens stellt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren dar, das für Verbraucher gilt und bis Dezember 2001 auch für Kleingewerbetreibende galt. Die am 1. Dezember 2001 in Kraft getretene Änderung der Insolvenzordnung bestimmt, dass von diesem Zeitpunkt an Kleingewerbetreibende nicht mehr ein vereinfachtes Verfahren, sondern ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen müssen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt ab Ende 2001 außer für Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige, deren Verhältnisse überschaubar sind (d.h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse), zur Anwendung.

Schuldenbereinigungsplan: Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts, die Gläubiger mittels eines Schuldenbereinigungsplans zufrieden zu stellen. Dieser gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen.

Eröffnetes Insolvenzverfahren: Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Mangels Masse abgewiesenes Verfahren: Eine Abweisung mangels Masse erfolgt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Für natürliche Personen gilt ab 1. Dezember 2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Restschuldbefreiung: Ist der Schuldner eine natürliche Person, so können ihr nach sieben Jahren (ab 1. Dezember 2001 nach sechs Jahren) die restlichen Schulden erlassen werden, wenn der Schuldner in dieser Zeit seinen Gläubigern sein pfändbares Einkommen oder ähnliche Bezüge zur Verfügung gestellt hat.

Eigenverwaltung: Mit Zustimmung der Gläubiger oder auf Anordnung des Gerichts kann dem Schuldner anstelle eines Insolvenzverwalters die Aufgabe übertragen werden, das Vermögen unter Aufsicht eines Sachwalters zu verwalten und zu verwalten.

2 Insolvenzen 2003

Strukturen und Entwicklungen

Der Anstieg der Insolvenzzahlen hat sich 2003 fortgesetzt, wenngleich er moderater ausfiel als in den beiden Jahren zuvor. Insgesamt wurden 2003 von den Gerichten 100 723 Insolvenzfälle gemeldet. Davon entfielen 39 320 auf Unternehmen (+ 4,6% gegenüber 2002), 33 609 auf Verbraucher (+ 57%), 25 401 auf ehemals selbstständig Tätige und Gesellschafter (+ 10%) und 2 393 auf Nachlassinsolvenzen (+ 1,1%).

Nach der grundlegenden Reform des Insolvenzrechts 1999 mit Einführung der Verbraucherinsolvenz und der Restschuldbefreiung sowie Ende 2001 mit der Stundungsmöglichkeit von Verfahrenskosten für natürliche Personen hat sich die Zahl der Insolvenzen seit 1998 verdreifacht.

Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen im Jahresverlauf 2003 war geprägt durch einen stärkeren Anstieg im ersten Halbjahr um 9,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, der sich in der zweiten Jahreshälfte abgeschwächt hat (+0,4% gegenüber Juli bis Dezember 2002). Bei den übrigen Schuldnern zeichnete sich 2003 noch kein Ende des Anstiegs der Insolvenzen ab.

Bei der Insolvenzentwicklung haben sich 2003 regionale Unterschiede gezeigt: Während in den neuen Ländern die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 14% zurückgegangen ist, wurde im früheren Bundesgebiet ein Plus von 11% verzeichnet. Dagegen stiegen in den neuen Bundesländern die Verbraucherinsolvenzen um 86% weit überdurchschnittlich an. Ein Vergleich der Insolvenzquoten zeigt ein deutliches Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle. Die niedrigste Insolvenzquote mit 79 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen wurde für Baden-Württemberg ermittelt, die höchste mit 272 für Sachsen-Anhalt.

Die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen betraf vor allem mittlere und Kleinunternehmen, während die Zahl der Zusammenbrüche großer Unternehmen 2003 deutlich zurückgegangen ist. Als Folge dieser Entwicklung sanken die offenen Forderungen von rund 62 Mrd. Euro (2002) auf rund 42 Mrd. Euro im Jahr 2003. Auch die Zahl der von einem Insolvenzverfahren betroffenen Arbeitnehmer verringerte sich von rund 270 000 auf 220 000.

Erklärtes Ziel der Insolvenzrechtsreform war es, den Anteil der masselosen Konkurse zu reduzieren. Bei den Unternehmen, für die eine Stundung der Verfahrenskosten nicht in Frage kommt, also bei Personen- und Kapitalgesellschaften, hat sich der Anteil der masselosen Insolvenzen von knapp 75% vor der Insolvenzrechtsreform auf 50% verringert.

Vorbemerkung

Zweck eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens ist es, die Gläubigergemeinschaft von zahlungsunfähigen oder überschuldeten Schuldnern bestmöglich und gemeinschaftlich zu befriedigen, sei es durch eine Liquidation oder durch eine Sanierung des Schuldners. Das Insolvenzrecht unterscheidet dabei zwischen dem Regelinsolvenzverfahren, das insbesondere bei Unternehmen angewandt wird, und einem vereinfachten Verfahren für Verbraucher, das daher auch als Verbraucherinsolvenzverfahren bezeichnet wird.

Ein Regelinsolvenzverfahren bietet verschiedene Möglichkeiten der Insolvenzabwicklung. Dabei kommt den Gläubigern eine entscheidende Rolle zu, welche Alternative realisiert wird:

1. Die reine Liquidation durch:

- Zerschlagung,
- Verkauf des gesamten Unternehmens (übertragende Sanierung)
- oder eine Kombination beider Möglichkeiten.

2. Annahme eines Insolvenzplans mit dem Ziel:

- Fortführung und Sanierung des Unternehmens,
- zeitlich begrenzte Fortführung und späterer Zerschlagung,
- sofortiger Verkauf des Unternehmens (übertragende Sanierung),
- Stundung der Forderungen, verbunden mit einem Zahlungsplan,
- Liquidation des Unternehmens.

3. Unabhängig von einem Insolvenzplanverfahren:

- die zeitlich begrenzte Fortführung des Unternehmens,
- die übertragende Sanierung oder
- die Teilliquidation.

Das Verbraucherinsolvenzverfahren sieht folgenden Ablauf vor:

Sofern eine außergerichtliche Einigung in Form eines Schuldenbereinigungsplans scheitert, hat das Gericht über einen so genannten „gerichtlichen“ Schuldenbereinigungsplan zu bestimmen. Sieht es keine Einigungsmöglichkeit zwischen Schuldner und Gläubigern, so muss es über den Eröffnungsantrag für ein vereinfachtes Verfahren entscheiden. Mit dem Insolvenzantrag kann auch ein Antrag auf Erteilung einer Restschuldbefreiung verbunden sein. Diese Restschuldbefreiung kann nach sechsjähriger Wohlverhaltensphase vom Gericht erteilt werden. Auch ein Schuldenbereinigungsplan zielt auf eine Restschuldbefreiung ab.

Auch alle natürlichen Personen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben oder ausgeübt haben, können Restschuldbefreiung erlangen, also auch diejenigen, die kein vereinfachtes Verfahren, sondern ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen müssen.

Für juristische Personen und Gesellschafter ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaften) besteht die Möglichkeit, im Rahmen eines Insolvenzplans einen Teil ihrer Schulden erlassen zu bekommen.

Die von den Gerichten getroffenen Entscheidungen und ermittelten Tatbestände werden monatlich an die Statistischen Ämter der Länder gemeldet. Diese Angaben beziehen sich auf alle eröffneten Insolvenzverfahren und mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträge sowie im Falle eines Verbraucherinsolvenzverfahrens auch auf gerichtliche Schuldenbereinigungspläne. Die Zahl der gestell-

Was beschreibt die Insolvenzstatistik?

Die Insolvenzstatistik liefert monatlich Informationen über alle Insolvenzverfahren nach der Höhe der Forderungen sowie nach Bundesländern und zusätzlich für Unternehmen nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen, Alter und Beschäftigten, nach dem Eröffnungsgrund sowie nach den Antragstellern.

Darüber hinaus wird jährlich über den Ausgang und das finanzielle Ergebnis von eröffneten Insolvenzverfahren berichtet. Besondere Bedeutung kommt seit 1999 den Insolvenzen von natürlichen Personen zu, weil diese nach sechsjähriger Wohlverhaltensphase, in der der pfändbare Teil des Einkommens an die Gläubiger abzuführen ist, von ihren restlichen Schulden befreit werden können. Auch die Erteilung oder Versagung der Restschuldbefreiung wird statistisch untersucht.

Ein Insolvenzverfahren dient dem Zweck, das Vermögen eines Schuldners, der zahlungsunfähig oder überschuldet ist, gemeinschaftlich auf die Gläubiger zu verteilen und – sofern möglich – eine Sanierung herbeizuführen. Die rechtlichen Vorschriften für dieses Verfahren sind in der Insolvenzordnung (InsO) geregelt. Sie unterscheidet zwischen Regelinsolvenzverfahren, das insbesondere für Unternehmen angewandt wird, und vereinfachtem Verfahren für Verbraucher sowie Sonderinsolvenzverfahren für Nachlassangelegenheiten.

Wie wird die Insolvenzstatistik durchgeführt?

Die Insolvenzgerichte übermitteln die monatlichen Angaben über Insolvenzen von Unternehmen und natürlichen Personen in Form von Zählblättern oder auf elektronischem Wege zwei Wochen nach Ende des Berichtsmonats an die Statistischen Ämter der Länder. Im Statistischen Bundesamt werden die Länderergebnisse zum Bundesergebnis zusammengefasst. Spätestens zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr sind die Gerichte zudem verpflichtet, auch Angaben über die Art der Beendigung der eröffneten Verfahren sowie über die Höhe der festgestellten Forderungen und der Erlöse aus der Verwertung der Insolvenzmasse an die Statistischen Landesämter zu melden. Nach sechs Jahren ist zudem der Erfolg oder Misserfolg der Restschuldbefreiung mitzuteilen.

Grundlage für die Durchführung der Insolvenzstatistik ist §39 des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ (BGBl. I S. 2398 vom 15. Dezember 1999).

Wann werden die Ergebnisse der Insolvenzstatistik veröffentlicht?

Die monatliche Veröffentlichung der ersten Ergebnisse erfolgt in Form einer Pressemitteilung etwa zwei Monate nach Ende des Berichtsmonats. Darüber hinaus können ausführliche monatliche Daten im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes abgerufen werden. Die Jahresergebnisse werden auch als Print-Veröffentlichung angeboten. Die Veröffentlichung über den finanziellen Ausgang der Verfahren erfolgt im dritten Jahr nach dem Eröffnungsjahr als Broschüre und online. Der Veröffentlichungskalender und die Ergebnisse sind auch im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes abrufbar.

Wie genau ist die Insolvenzstatistik?

Gegenstand der Statistik sind alle von den Insolvenzgerichten eröffneten Verfahren, die mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträge sowie die für Verbraucher geschaffenen gerichtlichen Schuldenbereinigungspläne. Nicht einbezogen werden die Insolvenzanträge, die beispielsweise vom Gericht zurückgewiesen werden oder von den Gläubigern zurückgenommen wurden. Darin unterscheidet sich die Insolvenzstatistik von der Justizgeschäftsstatistik. Die Zahlen sind immer endgültig.

Weiterführende Informationen erteilt

Wilfried Brust, Telefon 06 11/75 25 70.

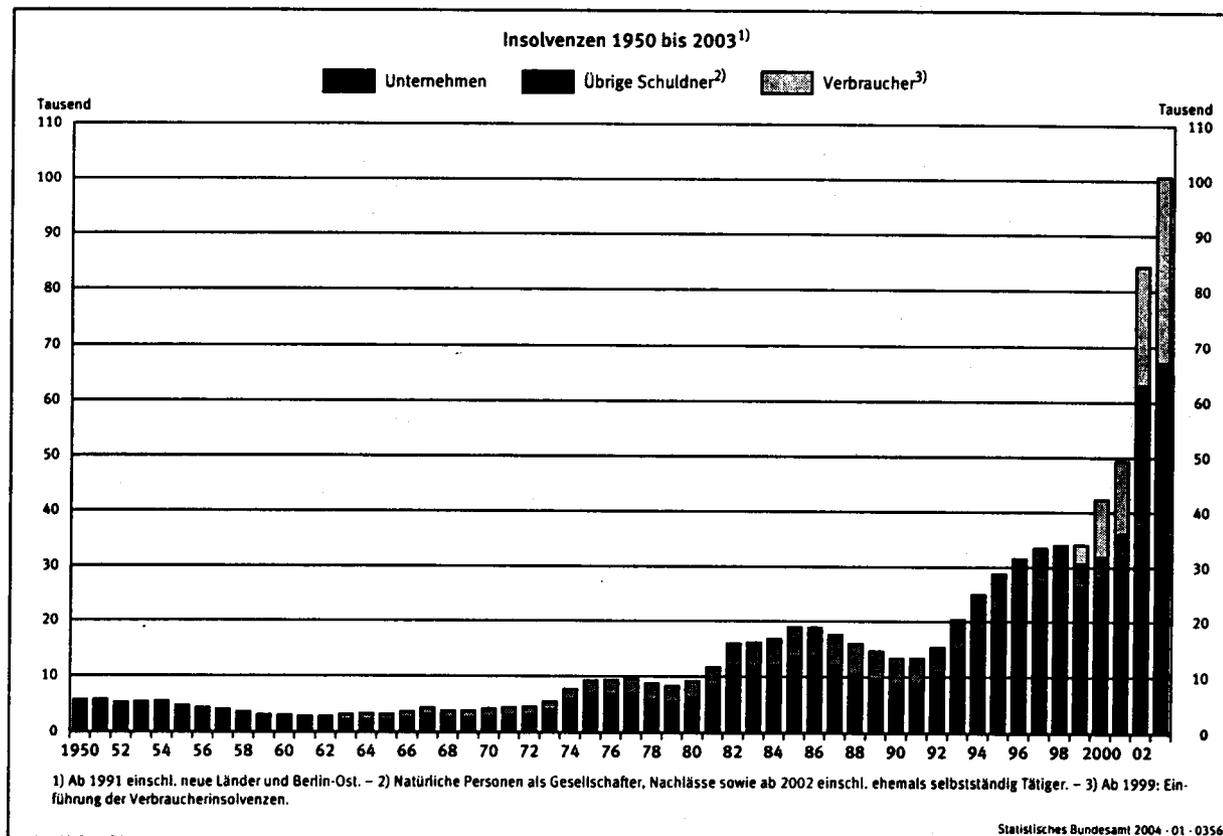
E-Mail: gewerbeanzeigen-insolvenzen@destatis.de.

Internet: http://www.destatis.de/themen/d/thm_unternehmen.htm.

ten Insolvenzanträge ist jedoch wesentlich höher. Wenn Anträge beispielsweise vom Gericht zurückgewiesen oder von Gläubigern zurückgenommen werden, finden sie in der Insolvenzstatistik keine Berücksichtigung.

Außer der monatlichen Berichterstattung werden jährlich in einem zweiten Schritt die eröffneten Verfahren statistisch weiter verfolgt. Die Gerichte sollen angeben, in welcher Art und Weise die Verfahren zu Ende geführt wurden und mit welchen finanziellen Ergebnissen. Diese Meldungen sollen auch Angaben zu den Insolvenzplänen enthalten.

Schaubild 1



In den letzten Jahrzehnten sind die Insolvenzen stark angestiegen. Die Zusammenbrüche bekannter Unternehmen, die teilweise mit hohen Arbeitsplatzverlusten einhergingen, haben in der Öffentlichkeit große Beachtung gefunden. Die Insolvenzstatistik kann zur Analyse des Insolvenzgeschehens einen wichtigen Beitrag leisten. So wurde die Notwendigkeit für eine Reform des Insolvenzrechts 1999 mit den Ergebnissen der Insolvenzstatistik belegt. Sie zeigt, dass in den Jahren vor 1999 rund drei Viertel aller Konkursanträge abgewiesen wurden, weil die Schuldner nicht in der Lage waren, die Verfahrenskosten aufzubringen. Die damalige Konkursordnung erfüllte also nicht mehr ihren eigentlichen Zweck der gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger aus dem Vermögen der Schuldner.

Die Insolvenzstatistik liefert wichtige Informationen zu den betroffenen Schuldnern nach Rechtsformen, nach Wirtschaftszweigen, nach dem Alter der Unternehmen sowie Informationen zur Höhe der Forderungen und zu den Beschäftigtenzahlen der Unternehmen. Diese Ergebnisse finden Eingang in Analysen wissenschaftlicher Institute und Verbände und werden von Lieferanten und Banken zur Risikoeinschätzung ihres Kundenkreises herangezogen. Im Hinblick auf die zu erwartenden neuen Eigenkapitalrichtlinien, bekannt auch als „Basel II“, sind die Kreditinstitute gehalten, risikoreiche Kredite mit höherem Eigenkapital zu unterlegen als risikoarme. Die erforderliche Eigenkapitalunterlegung erstreckt sich künftig auch auf das private Darlehensgeschäft, also auf Verbraucherkredite.

1 Aktuelle Insolvenzstruktur und regionale Entwicklungen

1.1 Insolvenzen 2003 und Entwicklung seit der Insolvenzrechtsreform

Im Jahr 2003 ist es zu einem weiteren Anstieg der Insolvenzen gekommen. Bis Ende Dezember 2003 wurden in Deutschland 100 723 Insolvenzfälle gemeldet, darunter 39 320 von Unternehmen und 33 609 von Verbrauchern. Damit lag die Gesamtzahl der Insolvenzen um 19% höher als im Vorjahr. Die Unternehmensinsolvenzen stiegen um 4,6% und die Verbraucherinsolvenzen um 57%. Es zeichnet sich somit nach zehn Jahren ununterbrochenen Anstiegs noch kein Ende dieses Trends ab, auch wenn sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den letzten Monaten uneinheitlich entwickelt hat.

Als Anfang 1999 die bestehenden Konkurs-, Vergleichs- und Gesamtvollstreckungsordnungen durch die einheitliche Insolvenzordnung abgelöst wurden, war sich der Gesetzgeber bewusst, dass diese Änderung mit einer erheblichen Mehrbelastung der Gerichte verbunden sein würde. Die Mehrbelastung geht insbesondere auf die Einführung der Entschuldungsmöglichkeit für natürliche Personen im neuen Insolvenzrecht zurück. Diese so genannte Restschuldbefreiung erstreckt sich nicht nur auf Verbraucher, sondern auch

Tabelle 1: Entwicklung der Insolvenzen¹⁾

Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren/Insolvenzen ²⁾					Insolvenzen				
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	Schuldenbereinigungsplan angenommen	zusammen	Vergleichsverfahren eröffnet	insgesamt	dar.: Unternehmen ³⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
								insgesamt	dar.: Unternehmen	
Anzahl								%		
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾										
1950	3 286	1 211	X	4 497	1 721	5 735	5 168	+35,7	+27,7	
1960	1 742	947	X	2 689	343	2 958	2 358	-2,2	-2,3	
1970	2 081	1 862	X	3 943	324	4 201	2 716	+10,3	+8,9	
1980	2 420	6 639	X	9 059	94	9 140	6 315	+9,9	+15,2	
1990	3 214	10 029	X	13 243	42	13 271	8 730	-9,4	-9,0	
1991	3 236	9 667	X	12 903	39	12 922	8 445	-2,6	-3,3	
1992	3 691	10 403	X	14 094	37	14 117	9 828	+9,2	+16,4	
1993	4 629	12 853	X	17 482	73	17 537	12 821	+24,2	+30,5	
1994	5 053	14 997	X	20 050	67	20 092	14 913	+14,6	+16,4	
1995	5 616	16 072	X	21 688	56	21 714	16 470	+8,1	+10,3	
1996	6 053	17 010	X	23 063	53	23 078	18 111	+6,3	+10,0	
1997	6 195	17 982	X	24 177	35	24 212	19 348	+4,9	+6,8	
1998	6 268	18 134	X	24 402	30	24 432	19 213	+0,9	-0,7	
1999	8 801	13 883	234	22 918	X	22 918	16 772	X	X	
2000	14 765	13 994	1 106	29 865	X	29 865	18 062	+30,3	+7,7	
2001	19 383	14 972	1 515	35 870	X	35 870	21 664	+20,1	+19,9	
2002	46 826	15 045	1 001	62 872	X	62 872	26 638	+75,3	+23,0	
2003	59 941	15 864	1 108	76 913	X	76 913	29 584	+22,3	+11,1	
Neue Länder und Berlin-Ost ⁵⁾										
1991	328	73	X	401	X	401	392	X	X	
1992	669	516	X	1 185	X	1 185	1 092	+195,5	+178,6	
1993	1 213	1 548	X	2 761	X	2 761	2 327	+133,0	+113,1	
1994	1 779	3 057	X	4 836	X	4 836	3 911	+75,2	+68,1	
1995	2 408	4 663	X	7 071	X	7 071	5 874	+46,2	+50,2	
1996	2 557	5 836	X	8 393	X	8 393	7 419	+18,7	+26,3	
1997	2 639	6 547	X	9 186	X	9 186	8 126	+9,4	+9,5	
1998	2 695	6 850	X	9 545	X	9 545	8 615	+3,9	+6,0	
1999	3 044	5 703	5	8 752	X	8 752	7 567	X	X	
2000	4 277	5 536	68	9 881	X	9 881	8 047	+12,9	+6,3	
2001	4 979	5 691	149	10 819	X	10 819	8 506	+9,5	+5,7	
2002	12 158	4 830	117	17 105	X	17 105	8 847	+58,1	+4,0	
2003	13 812	4 423	155	18 390	X	18 390	7 575	+7,5	-14,4	
Berlin										
1999	410	1 956	2	2 368	X	2 368	2 137	+11,7	+11,5	
2000	656	1 827	30	2 513	X	2 513	2 126	+6,1	-0,5	
2001	868	1 697	72	2 637	X	2 637	2 108	+4,9	-0,8	
2002	2 706	1 676	68	4 450	X	4 450	2 094	+68,8	-0,7	
2003	3 484	1 847	89	5 420	X	5 420	2 161	+21,8	+3,2	
Deutschland										
1991	3 564	9 740	X	13 304	39	13 323	8 837	X	X	
1992	4 360	10 919	X	15 279	37	15 302	10 920	+14,9	+23,6	
1993	5 842	14 401	X	20 243	73	20 298	15 148	+32,6	+38,7	
1994	6 832	18 054	X	24 886	67	24 928	18 837	+22,8	+24,4	
1995	8 024	20 735	X	28 759	56	28 785	22 344	+15,5	+18,6	
1996	8 610	22 846	X	31 456	53	31 471	25 530	+9,3	+14,3	
1997	8 834	24 529	X	33 363	35	33 398	27 474	+6,1	+7,6	
1998	8 963	24 984	X	33 947	30	33 977	27 828	+1,7	+1,3	
1999	12 255	21 542	241	34 038	X	34 038	26 476	+0,2	-4,9	
2000	19 698	21 357	1 204	42 259	X	42 259	28 235	+24,2	+6,6	
2001	25 230	22 360	1 736	49 326	X	49 326	32 278	+16,7	+14,3	
2002	61 690	21 551	1 186	84 427	X	84 427	37 579	+71,2	+16,4	
2003	77 237	22 134	1 352	100 723	X	100 723	39 320	+19,3	+4,6	

1) Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlusskonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren. – 2) Ab 1999 nur noch Insolvenzen. – 3) Ab 1999 einschl. Kleingewerbe. – 4) Ab 1999 ohne Berlin-West. – 5) Ab 1999 ohne Berlin-Ost.

auf Personen, die als Einzelunternehmer, als Kleingewerbetreibende oder freiberuflich tätig sind und daher statistisch den Unternehmen zugerechnet werden. Auch Personen, die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt, aber inzwischen ihren Betrieb eingestellt haben, können für ihre Person selbst von dieser Entschuldungsmöglichkeit Gebrauch machen.

Nach der grundlegenden Reform des Insolvenzrechts 1999 kam es Ende 2001 zu einer weiteren Novellierung, die bei den Gerichten zu einer großen Zahl zusätzlicher Insolvenzanträge führte. Diese jüngste Änderung ermöglicht eine Stundung der Verfahrenskosten durch die Staatskasse für diejenigen Schuldner, die nicht in der Lage sind, die Kosten für ein Insolvenzverfahren aufzubringen. Die Eröffnung

eines Insolvenzverfahrens ist Voraussetzung dafür, dass nach einer Frist von sechs Jahren die restlichen Schulden erlassen werden können. In dieser als „Wohlverhaltensphase“ bezeichneten Zeitspanne ist der pfändbare Teil des Einkommens an die Gläubiger abzuführen. Bevor die Stundung der Verfahrenskosten eingeführt wurde, blieb den mittellosen Schuldner nur die Möglichkeit, Prozesskostenhilfe zu beantragen. Diese wurde aber von den Gerichten nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gewährt.

Die Statistik unterscheidet grundsätzlich zwischen Unternehmensinsolvenzen und den Insolvenzen der übrigen Schuldner. Zu den übrigen Schuldnern gehören neben den Verbrauchern auch natürliche Personen als Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige und Nachlässe. Da bei Insolvenzen ehemals selbstständig tätiger Personen oftmals ein Insolvenzantrag gegen deren Unternehmen vorausgegangen ist, wurden – um Doppelzählungen zu vermeiden – die ehemals selbstständig Tätigen nicht den Unternehmen, sondern den übrigen Schuldnern zugeordnet. Nur bei den ehemals selbstständig Tätigen mit überschaubaren wirtschaftlichen Verhältnissen und den Verbrauchern ist ein vereinfachtes Insolvenzverfahren möglich. Alle anderen Schuldner werden – wie die Unternehmen – dem Regelinsolvenzverfahren unterzogen.

Zuordnung der Insolvenzen ab 2002	
Unternehmen:	grundsätzlich Regelinsolvenzverfahren
	– Einzelunternehmen, Freie Berufe, aktive Kleinunternehmen
	– Personengesellschaften (OHG, KG, GmbH & Co. KG)
	– Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) und andere juristische Personen (Vereine)
Übrige Schuldner:	Regel-, vereinfachtes und Sonderinsolvenzverfahren
	– natürliche Personen, zum Beispiel als Gesellschafter:
	<i>Regelinsolvenzverfahren</i>
	– ehemals selbstständig Tätige, Verhältnisse nicht überschaubar:
	<i>Regelinsolvenzverfahren</i>
	– Nachlassinsolvenz: <i>Sonderinsolvenzverfahren</i>
	– ehemals selbstständig Tätige, Verhältnisse überschaubar:
	<i>vereinfachtes Verfahren</i>
	– Verbraucher: <i>vereinfachtes Verfahren</i>

Die gesetzliche Neuregelung sowie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung führten dazu, dass sich zwischen 1998 und 2003 die Zahl der jährlichen Insolvenzanträge bei den Gerichten verdreifacht hat.

Im Jahr 1999 nahm die Zahl der Insolvenzen, trotz Einführung der Verbraucherinsolvenz, nur geringfügig (+0,2%) zu. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag sogar um 4,9% niedriger als 1998. Doch schon im Jahr 2000 wurde die Möglichkeit der Entschuldung mit Hilfe eines Insolvenzverfahrens stärker in Anspruch genommen, denn binnen Jahresfrist verdreifachte sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen auf über 10 000. Aber auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen begann wieder zuzunehmen (+6,6%). Die Gesamtzahl der Insolvenzen stieg von rund 34 000 im Jahr 1999 auf rund 42 000 im Jahr 2000. Im folgenden Jahr setzte sich diese Entwicklung fort: Über 49 000 Insolvenzfälle wurden von den Gerichten gemeldet. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen belief sich 2001 auf 13 000. Sie stie-

gen jedoch mit 27% nicht mehr in gleichem Ausmaß wie im Vorjahr. Dies wäre aber wohl der Fall gewesen, hätte sich nicht schon in der zweiten Jahreshälfte 2001 die erneute Änderung des Insolvenzrechts mit wesentlich günstigeren Bedingungen für die Verbraucher abgezeichnet. Viele der überschuldeten Verbraucher haben daher die Novellierung des Insolvenzrechts abgewartet. Danach kam es 2002 erneut zu einem starken Andrang von privaten Schuldnern bei den Gerichten (+62%), der sich auch 2003 fortsetzte (+57%).

Tabelle 2: Zusammensetzung der Insolvenzen

Gegenstand der Nachweisung	2002	2003	2002	2003
	Anzahl		%	
Unternehmen	37 579	39 320	44,5	39,0
Übrige Schuldner	46 849	61 403	55,5	61,0
Natürliche Personen als				
Gesellschafter	6 381	3 709	7,6	3,7
Verbraucher	21 441	33 609	25,4	33,4
Ehemals selbstständig Tätige				
mit Regelinsolvenzverfahren ..	14 529	18 748	17,2	18,6
Ehemals selbstständig Tätige				
mit vereinfachtem Verfahren ..	2 130	2 944	2,5	2,9
Nachlässe	2 367	2 393	2,8	2,4
Insgesamt ...	84 427	100 723	100	100

In der Folge einer sich verschlechternden allgemeinen wirtschaftlichen Lage nahmen ab 2001 auch die Unternehmensinsolvenzen stark zu. Insbesondere 2002 kam es zu einer Vielzahl von Zusammenbrüchen großer und bekannter Unternehmen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg 2001 um 14% gegenüber dem Vorjahr, 2002 um 16%. Im Jahr 2003 fiel der Anstieg mit 4,6% nicht mehr so kräftig aus wie in den beiden Jahren zuvor. Die Insolvenzen von Unternehmen mit den Rechtsformen, die von der letzten Änderung des Insolvenzrechts unberührt blieben, also von Personen- und Kapitalgesellschaften, nahmen 2002 um 13% auf 24 025 zu, 2003 jedoch nur noch um 1,1% auf 24 279.

1.2 Eröffnungsquoten

Ein Ziel der Insolvenzrechtsreform war es, die seit Jahren bestehenden Probleme mit masselosen Insolvenzverfahren zu überwinden, damit Insolvenzverfahren ihren eigentlichen Zweck besser erfüllen können. Vor 50 Jahren konnten rund drei Viertel aller Insolvenzen eröffnet werden, weil die Verfahrenskosten gedeckt waren. Im Lauf der Jahre drehten sich die Verhältnisse um: 1998 wurde nur bei etwa einem Viertel der eingereichten Verfahren dem Eröffnungsantrag entsprochen. Mit der Einführung des §4a der Insolvenzordnung Ende 2001, der die Stundung der Verfahrenskosten für natürliche Personen, also auch für Einzel- und Kleinunternehmer und Freiberufler vorsieht, verbesserte sich die Gesamteröffnungsquote auf zuletzt 75%. Allerdings dürfte es kaum die Absicht des Gesetzgebers gewesen sein, die Eröffnungsquoten zu Lasten der Staatskasse zu erhöhen, denn es erscheint wenig wahrscheinlich, dass Schuldner, die nicht einmal die Verfahrenskosten aufbringen können, in der Lage sein werden, ihre Gläubiger und die Staatskasse annähernd zufrieden zu stellen.

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland
Anteil der eröffneten Verfahren¹⁾ in %

1997	35
1998	36
1999	42
2000	46
2001	50
2002	50
2003	50

1) Ohne Einzelunternehmen, Kleinunternehmen und Freie Berufe.

Um die Auswirkungen der Reform des Insolvenzrechts auf die Eröffnungsquote ohne die Einflüsse der Stundungen beurteilen zu können, muss die Eröffnungsquote ausschließlich für die Unternehmensformen untersucht werden, für welche die Möglichkeit der Stundung nicht besteht. Das sind die Unternehmen ohne Einzel- und Kleinunternehmer und Freie Berufe, also überwiegend Personen- und Kapitalgesellschaften. Es zeigt sich, dass mit Einführung des neuen Insolvenzrechts die Eröffnungsquote bei diesen Unternehmen im Jahr 2000 auf 46% zugenommen hat und seit 2001 bei 50% liegt. Eine Verbesserung ist seit 2001 nicht mehr eingetreten und auch nicht zu erwarten.

1.3 Regionale Entwicklung

Die Entwicklung der Insolvenzen ist in den einzelnen Bundesländern sowie im Osten und im Westen Deutschlands nicht einheitlich verlaufen. Dass bis 1998 in Ost und West unterschiedliche Insolvenzrechte galten, spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle. Die unterschiedlichen Insolvenzrechte waren jedoch der Anlass, die Insolvenzen für die neuen Länder trennscharf nachzuweisen. Mit Einführung eines bundesweiten Insolvenzrechts ist diese Trennung weggefallen. Nach 1999 fiel in den neuen Länder sowohl der Anstieg der Insolvenzen insgesamt als auch der der

Schaubild 2

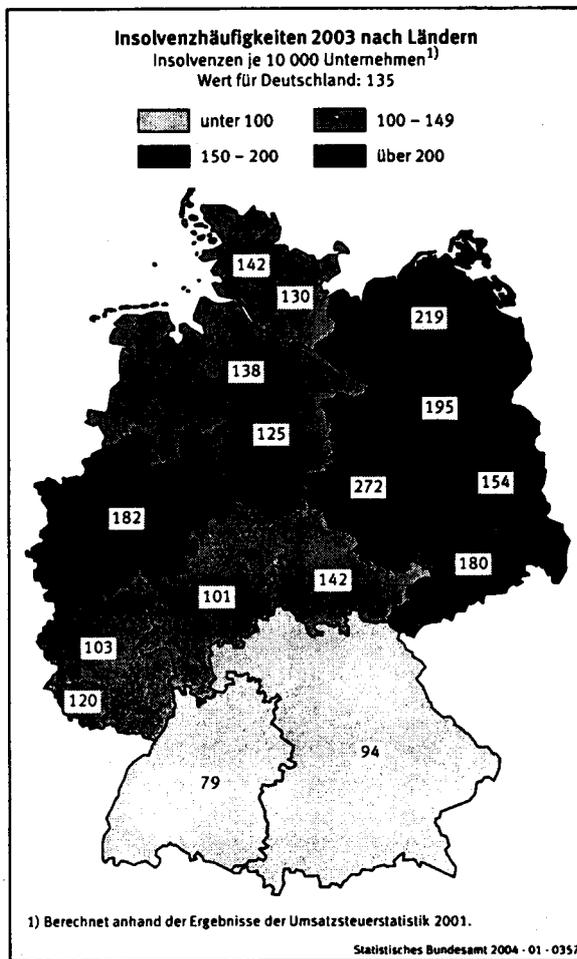


Tabelle 3: Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten nach Ländern

Land	Insolvenzen								Häufigkeiten ¹⁾ der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2003
	insgesamt			dar.: Unternehmen ²⁾					
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2002 gegenüber 2001	2003 gegenüber 2002	
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	5 255	8 487	9 419	2 723	3 366	3 235	+ 23,6	- 3,9	79
Bayern	6 080	10 112	11 847	3 943	4 687	4 818	+ 18,9	+ 2,8	94
Berlin	2 637	4 450	5 420	2 108	2 094	2 161	- 0,7	+ 3,2	195
Brandenburg	2 091	3 276	3 378	1 522	1 592	1 195	+ 4,6	- 24,9	154
Bremen	394	1 309	1 215	184	313	297	+ 70,1	- 5,1	138
Hamburg	1 230	2 198	2 717	728	809	1 010	+ 11,1	+ 24,8	130
Hessen	3 221	5 123	6 478	2 001	2 231	2 337	+ 11,5	+ 4,8	101
Mecklenburg-Vorpommern	1 563	2 505	2 793	1 303	1 146	1 107	- 12,0	- 3,4	219
Niedersachsen	5 373	9 138	11 395	2 869	2 680	3 115	- 6,6	+ 16,2	125
Nordrhein-Westfalen	9 725	17 394	22 786	6 573	9 369	11 393	+ 42,5	+ 21,6	182
Rheinland-Pfalz	2 206	4 123	4 789	1 281	1 497	1 549	+ 16,9	+ 3,5	103
Saarland	649	1 276	1 760	290	298	410	+ 2,8	+ 37,6	120
Sachsen	3 301	4 957	5 629	2 682	2 727	2 430	+ 1,7	- 10,9	180
Sachsen-Anhalt	2 124	3 704	3 620	1 674	2 012	1 803	+ 20,2	- 10,4	272
Schleswig-Holstein	1 737	3 712	4 506	1 072	1 388	1 420	+ 29,5	+ 2,3	142
Thüringen	1 740	2 663	2 970	1 325	1 370	1 040	+ 3,4	- 24,1	142
Deutschland ...	49 326	84 427	100 722	32 278	37 579	39 320	+ 16,4	+ 4,6	135

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2001 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 16 617 EUR). - 2) Einschl. Kleingewerbe.

Unternehmensinsolvenzen deutlich moderater aus als in den alten Ländern. Im Jahr 2003 haben sich in den neuen Ländern erstmals weniger Unternehmensinsolvenzen ereignet als im Vorjahr (-14%). Im früheren Bundesgebiet hielt dagegen der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen weiter an (+11%).

Das Insolvenzgeschehen der Länder untereinander lässt sich mit der so genannten Insolvenzhäufigkeit, also mit der Zahl der Unternehmensinsolvenzen je 10000 bestehenden Unternehmen vergleichen (siehe Schaubild 2). Dabei zeigt sich ein deutliches Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle, wobei die wirtschaftliche Lage von Unternehmen in Baden-Württemberg mit 79 Insolvenzen je 10000 Unternehmen am stabilsten erscheint. Von den neuen Ländern weist Thüringen die geringste Insolvenzhäufigkeit auf. Mit 142 Insolvenzen je 10000 Unternehmen ist dieser Wert aber immer noch fast doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg. Zu den relativ meisten Insolvenzen kam es 2003 – im früheren Bundesgebiet – in Nordrhein-Westfalen (182) und – in den neuen Ländern – in Sachsen-Anhalt (272).

2 Struktur der Unternehmensinsolvenzen 2003

2.1 Insolvenzzgründe, Antragsteller und Eigenverwaltung

Eine der Maßnahmen, mit welcher der Gesetzgeber beabsichtigte, den Anteil der eröffneten Verfahren zu erhöhen und gleichzeitig die Sanierungsaussichten zu verbessern, war 1999 die Einführung eines zusätzlichen Eröffnungsgrundes. Der Schuldner sollte nicht erst bei Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung einen Insolvenzantrag stellen können, sondern es wurde die Möglichkeit geschaffen, bereits bei drohender Zahlungsunfähigkeit vor Gericht zu gehen. Diese Erwartungen wurden jedoch bisher nicht erfüllt, denn bei nicht einmal 1% aller Unternehmensinsolvenzen wurde die drohende Zahlungsunfähigkeit als Eröffnungsgrund genannt.

Bei der überwiegenden Zahl der Insolvenzanträge ist die Zahlungsunfähigkeit alleiniger Insolvenzgrund, und zwar im Jahr 2003 in 25 687 Fällen. Zweithäufigster Grund ist die Zahlungsunfähigkeit verbunden mit der Überschuldung des Unternehmens (12 801 Fälle). Die Überschuldung ist Eröffnungsgrund nur bei juristischen Personen und Personengesellschaften, bei denen kein Vollhafter eine natürliche Person ist (z. B. GmbH & Co. KG).

Die Gerichte unterscheiden bei Unternehmen auch danach, ob die Schuldner selbst oder ein Gläubiger den Insolvenzantrag gestellt haben. Überwiegend werden die Insolvenzanträge vom Schuldner selbst und zwar im Verhältnis drei zu eins gestellt, denn die Verschleppung einer Insolvenz bei Überschuldung ist ein Straftatbestand.

Der Gesetzgeber sieht es in bestimmten Fällen als wirtschaftlich sinnvoll an, den Schuldner mit der Fortführung des Unternehmens zu beauftragen. Der Schuldner soll – wenn möglich – das Unternehmen sanieren oder zumin-

Tabelle 4: Unternehmensinsolvenzen¹⁾ nach Antragstellern, Eröffnungsgründen und Eigenverwaltung

Gegenstand der Nachweisung	2000	2001	2002	2003
Insgesamt	25 254	28 483	37 579	39 320
Antragsteller				
Gläubiger	9 470	9 499	10 227	10 741
Schuldner	15 784	18 984	27 352	28 579
Eröffnungsgründe				
Zahlungsunfähigkeit	16 429	16 851	23 809	25 687
Drohende Zahlungsunfähigkeit	2 593	266	323	300
Überschuldung	1 053	1 432	920	491
Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	5 136	9 865	12 484	12 801
Drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	43	69	43	41
Eigenverwaltung				
Angeordnete Eigenverwaltung ..	133	241	235	185

1) Bis 2001 ohne Kleingewerbe.

dest mit seinem Vermögen einen Teil seiner Verbindlichkeiten begleichen. Die Entscheidung, ob dem Schuldner diese so genannte Eigenverwaltung (§§ 270 ff. InsO) übertragen wird, liegt allein bei den Gläubigern. Dem Schuldner steht dabei ein „Sachwalter“ zur Seite, der eine vom Schuldner unabhängige, geschäftskundige natürliche Person sein soll. Allerdings scheinen die meisten Gläubiger wenig Vertrauen in die Zuverlässigkeit ihrer Schuldner zu haben, denn 2002 kam es nur in 235 und 2003 in 185 von fast 40000 Fällen zur Eigenverwaltung. Auch in den vorangegangenen Jahren wurde diese Chance kaum genutzt, obwohl in der Insolvenzordnung dieser Möglichkeit der gesamte siebte Teil gewidmet ist.

2.2 Insolvenzen nach dem Alter der Unternehmen

In den Statistiken bis 1999 wurden die Unternehmen, die einen Insolvenzantrag gestellt hatten, zwei Altersklassen zugeordnet, wobei das achte Jahr des Bestehens die Grenze bildete. Seit dem Jahr 2000 sollte von den Gerichten das Gründungsjahr mitgeteilt werden. Bei rund einem Viertel der Meldungen fehlen allerdings diese Angaben, wodurch die Aussagefähigkeit hinsichtlich des Alters der betroffenen Unternehmen beeinträchtigt ist. Trotzdem vermittelt die Altersgliederung zusätzliche Erkenntnisse. Bis 1998 wurden vor allem jüngere Unternehmen, also Unternehmen, die vor weniger als acht Jahren gegründet worden waren, insolvent. Auf die Insolvenz eines älteren Unternehmens kamen fast vier Insolvenzen jüngerer Unternehmen. In den letzten Jahren hat der Anteil der älteren Unternehmen deutlich zugenommen. Im Jahr 2003 betrug die Relation noch zwei zu drei. Knapp 30% aller betroffenen Unternehmen mit Altersangaben bestanden 2003 zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags höchstens drei Jahre, etwa ebenso viele vier bis unter acht Jahre. Die übrigen gut 40% waren vor 1996 gegründet worden (siehe Tabelle 5).

2.3 Insolvenzen nach der Rechtsform der Unternehmen

Von 39 320 Unternehmen, die 2003 Insolvenz anmelden mussten, besaßen mehr als die Hälfte (51%) die Rechts-

Tabelle 5: Insolvenzen nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen, Forderungs- und Beschäftigtengrößenklassen sowie Alter der Unternehmen

Gegenstand der Nachweisung	2000		2001		2002		2003		Veränderung 2003 gegenüber 2002	Insolvenzhäufigkeit ¹⁾ 2003
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Unternehmen insgesamt	28 235	100	32 278	100	37 579	100	39 320	100	+ 4,6	135
nach Rechtsformen										
Einzelunternehmen, Kleingewerbe	9 648	34,2	11 026	34,2	13 554	36,1	15 041	38,2	+ 11,0	74
Personengesellschaften	2 211	7,8	2 624	8,1	3 194	8,5	3 269	8,3	+ 2,3	89
GmbH	15 832	56,1	17 857	55,3	19 770	52,6	20 034	51,0	+ 1,3	250
Aktiengesellschaften, KgaA	176	0,6	442	1,4	631	1,7	508	1,3	- 19,5	363
Sonstige Rechtsformen	368	1,3	329	1,0	430	1,1	468	1,2	+ 8,8	89
nach Wirtschaftszweigen										
Verarbeitendes Gewerbe	3 305	11,7	3 655	11,3	4 344	11,5	4 556	11,6	+ 4,9	158
Baugewerbe	8 103	28,7	9 026	28,0	9 160	24,4	8 697	22,1	- 5,1	271
Handel	5 624	19,9	6 005	18,6	7 491	19,9	7 913	20,1	+ 5,6	110
Gastgewerbe	1 927	6,8	2 204	6,8	2 655	7,1	3 104	7,9	+ 16,9	125
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ..	1 714	6,1	2 137	6,6	2 451	6,5	2 593	6,6	+ 5,8	205
Kredit- und Versicherungsgewerbe	198	0,7	233	0,7	383	1,0	438	1,1	+ 14,4	X
Sonstige Dienstleistungen	6 846	24,3	8 422	26,1	10 470	27,9	11 282	28,7	+ 7,8	101
Übrige Wirtschaftsbereiche	518	1,8	596	1,9	625	1,7	737	1,9	+ 17,9	91
nach Forderungsgrößenklassen										
von ... bis unter ... EUR										
unter 50 000	6 165	21,8	7 055	21,9	7 562	20,1	8 685	22,1	+ 14,9	X
50 000 - 250 000	9 617	34,0	11 557	35,8	14 307	38,1	15 420	39,2	+ 7,8	X
250 000 - 500 000	4 027	14,3	4 819	14,9	5 838	15,5	5 831	14,8	- 0,1	X
500 000 - 1 Mill.	2 726	9,7	3 290	10,2	3 958	10,5	3 934	10,0	- 0,6	X
1 Mill. - 5 Mill.	2 705	9,6	3 271	10,1	3 935	10,5	3 793	9,6	- 3,6	X
5 Mill. - 25 Mill.	618	2,2	748	2,3	888	2,4	770	2,0	- 13,3	X
25 Mill. und mehr	87	0,3	120	0,4	169	0,4	113	0,3	- 33,1	X
unbekannt	2 290	8,1	1 418	4,4	922	2,5	774	2,0	- 16,1	X
nach Beschäftigtengrößenklassen ²⁾										
von ... bis ... Beschäftigte										
kein(e) Beschäftigte(r)		X	7 586	26,6	12 935	34,4	15 928	40,5	+ 23,1	X
1	2 101	X	2 461	8,7	4 182	11,1	4 476	11,4	+ 7,0	X
2 - 5	4 872	X	5 682	19,9	6 481	17,2	6 652	16,9	+ 2,6	X
6 - 10	2 269	X	2 584	9,1	2 806	7,5	2 719	6,9	- 3,1	X
11 - 100	2 983	X	3 538	12,4	4 237	11,3	4 043	10,3	- 4,6	X
mehr als 100	197	X	264	0,9	373	1,0	265	0,7	- 29,0	X
unbekannt		X	6 368	22,4	6 565	17,5	5 237	13,3	- 20,2	X
nach Altersklassen ²⁾										
bis einschließlich 3 Jahre alt	7 433	29,4	8 353	29,3	8 637	23,0	8 349	21,3	- 3,3	X
4 bis unter 8 Jahre alt	6 436	25,5	7 258	25,5	8 947	23,8	8 877	22,6	- 0,8	X
über 8 Jahre alt	7 309	29,0	9 132	32,1	11 376	30,3	12 404	31,5	+ 9,0	X
unbekannt	4 076	16,1	3 740	13,1	8 619	22,9	9 690	24,6	+ 12,4	X

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2001 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 16 617 EUR). - 2) Ab 2002 einschl. Kleingewerbe.

form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und 4,8% die Rechtsform einer GmbH & Co. KG. Seit 1999 sind auch Gesellschaften bürgerlichen Rechts insolvenzfähig. Ihr Anteil an den Unternehmensinsolvenzen belief sich 2003 auf 2,2%. Reine Personengesellschaften (OHG, KG), bei denen die persönliche Haftung uneingeschränkt gilt, waren nur zu 1,3% an den Unternehmensinsolvenzen beteiligt. Ebenfalls 1,3% aller Unternehmensinsolvenzen entfielen 2003 auf Aktiengesellschaften. Die Zahl der insolventen Aktiengesellschaften ist damit 2003 um 20% niedriger ausgefallen als 2002. Die meisten Unternehmen, die 2002 mit ihrer Insolvenz in der Öffentlichkeit für besondere Aufmerksamkeit gesorgt haben, waren Aktiengesellschaften. Viele davon waren an der Börse am „Neuen Markt“ notiert. Im Jahr 2003 wurde wieder eine Reihe bekannter Unternehmen insolvent, jedoch bei weitem nicht so viele und so große wie 2002. Rund 38% der Unternehmen, die 2003 den Gang zum Insolvenzgericht antreten mussten, waren Einzel- und Kleinunternehmen sowie Freie Berufe. Im Jahr 1998, also noch vor In-Kraft-Treten der Insolvenzrechtsreform mit den für

diese Gruppe geltenden Möglichkeiten der Stundung und Restschuldbefreiung war ihr Anteil an den Unternehmensinsolvenzen mit 35% nur unwesentlich geringer. Daraus kann gefolgert werden, dass die rechtlichen Neuerungen auf dem Unternehmenssektor nicht zu erheblich mehr Insolvenzen geführt haben.

Um die Insolvenzanfälligkeit der einzelnen Unternehmensformen besser einschätzen zu können, werden Insolvenzhäufigkeiten errechnet, das heißt die Zahl der insolventen Unternehmen in der jeweiligen Rechtsform wird zur Zahl der bestehenden Unternehmen dieser Rechtsform in Beziehung gesetzt. Als Basis für derartige Vergleiche eignet sich die Umsatzsteuerstatistik, die steuerpflichtige Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 16 617 Euro nachweist. Allerdings gilt das nicht uneingeschränkt für alle Rechtsformen, weil es schätzungsweise 350 000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und 7 000 Aktiengesellschaften gibt, die zum Beispiel als Beteiligungsgesellschaften nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Rechnet

man diese Gesellschaften mit ein, weisen die Aktiengesellschaften mit 363 und die GmbHs mit 250 Insolvenzfällen je 10 000 Unternehmen die höchsten Insolvenzanfälligkeiten auf. Von 10 000 Personengesellschaften einschließlich der GmbH & Co. KG waren dagegen nur 89 in ein Insolvenzverfahren verwickelt.

Insolvente Aktiengesellschaften weisen auch die höchste durchschnittliche Verschuldung auf, und zwar rund 5,4 Mill. Euro. Wurden Personengesellschaften 2003 insolvent, hatten sie Schulden von durchschnittlich 1,8 Mill. Euro, GmbHs von 843 000 Euro. Bei Einzelunternehmen belief sich die durchschnittliche Verschuldung auf 301 000 Euro.

2.4 Insolvenzen nach Branchen

Jeweils 22% aller Unternehmenszusammenbrüche ereigneten sich 2003 im Baugewerbe und im Wirtschaftsbe- reich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister“. Weitere 20% der Unternehmensinsolvenzen entfielen auf den Handel und 12% auf das Verarbeitende Gewerbe. Diese Anteile sagen jedoch nichts über die Insolvenzhäufigkeit der einzelnen Branchen aus. Misst man die Insolvenzen des jeweiligen Wirtschaftszweiges an der Zahl der bestehenden Unternehmen, so erweist sich das Baugewerbe am anfälligsten für eine Insolvenz: Von 10 000 bestehenden Bauunternehmen waren 2003 271 von einem Insolvenzverfahren betroffen. Im Verarbeitenden Gewerbe kamen 158 Insolvenzen auf 10 000 Unternehmen und im Handel 110. Am niedrigsten war diese Insolvenzquote in den Wirtschaftsbereichen Grundstücks- und Wohnungswesen, Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Erbringung sonstiger Dienstleistungen.

Die folgende Aufgliederung zeigt, wo im Jahr 2003 die Insolvenzen besonders stark zugenommen haben:

Wach- und Sicherheitsdienst, Detekteien	+ 41%
Arztpraxen	+ 38%
Wäschereien und chemische Reinigungen	+ 38%
Reisebüros und Reiseveranstalter	+ 25%
Groß- und Einzelhandel mit Nahrungsmitteln	+ 21%
Abwasser, Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	+ 21%
Landwirtschaft	+ 20%
Reinigung von Gebäuden usw.	+ 20%
Friseur- und Kosmetiksalons	+ 17%
Gastgewerbe	+ 17%

Entgegen dem allgemeinen Trend wurden Rückgänge in folgenden Bereichen verzeichnet:

Textilgewerbe	- 31%
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	- 11%
Hoch- und Tiefbau	- 8%

2.5 Insolvenzen nach der Höhe der Gläubigerforderungen und nach Beschäftigtengrößenklassen

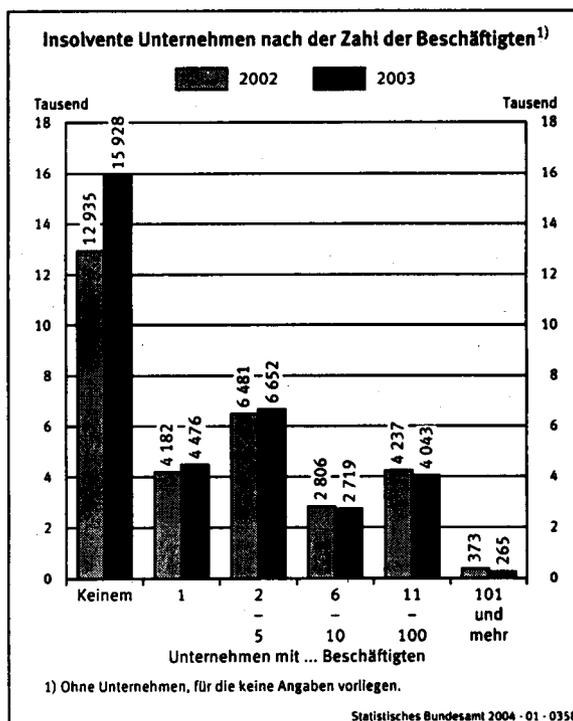
Insolvenzen von Unternehmen können auch nach ihrer Größe unterschieden werden und zwar nach zwei Kriterien, der Höhe der voraussichtlichen Forderungen und der Beschäftigtenzahl zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags.

Etwas mehr als ein Fünftel aller insolventen Unternehmen musste 2003 wegen weniger als 50 000 Euro Schulden Insolvenz anmelden. Dabei dürfte es sich vor allem um Kleinunternehmen gehandelt haben. Bei weiteren 40% hatten die Gläubiger Forderungen in Höhe von 50 000 bis 250 000 Euro. Ein Viertel der Unternehmen hatte Schulden zwischen einer viertel Million und 1 Mill. Euro. Dies bedeutet, dass knapp 90% aller Insolvenzen unter der Millionengrenze blieben. Nur in 113 Fällen, das sind 0,3%, beliefen sich die Verbindlichkeiten auf mehr als 25 Mill. Euro.

Ein Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, dass 2003 weniger Insolvenzen mit sehr hohen Forderungen gemeldet wurden. Dafür verursachten aber mehr Fälle mit relativ niedriger oder mittlerer Forderungshöhe den zahlenmäßigen Anstieg der Insolvenzen. Im Durchschnitt beliefen sich die voraussichtlichen Forderungen 2003 je Unternehmen auf 730 000 Euro, 2002 hingegen auf 1,2 Mill. Euro.

Zahlen über die zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags beschäftigten Arbeitnehmer sind erst ab dem Jahr 2000 verfügbar. Diese Angaben sind jedoch nicht mit der Zahl der durch Insolvenzen „vernichteten Arbeitsplätze“ gleichzusetzen. Einerseits kann die Belegschaft schon früher abgebaut

Schaubild 3



worden sein. Zum anderen werden teilweise Unternehmen mit Hilfe von Auffanggesellschaften fortgeführt oder ganze Unternehmensteile einschließlich der gesamten Belegschaft von anderen Unternehmen übernommen.

Für das Jahr 2003 berichteten die Insolvenzgerichte von 218 990 Arbeitnehmern, die von einem Insolvenzantrag betroffen waren. Dies sind deutlich weniger als im Vorjahr, in dem rund 273 501 Beschäftigte gemeldet wurden. Im Durchschnitt waren 2002 je Unternehmensinsolvenz neun Beschäftigte betroffen, 2003 dagegen sechs. Diese Beschäftigtenzahlen sind als Untergrenze anzusehen, da die Gerichte in mehr als 13% der Fälle keine Angaben über die Zahl der Beschäftigten machen konnten.

Bei 40% der Unternehmen waren bei Antragstellung keine oder keine Arbeitnehmer mehr beschäftigt, bei weiteren 30% ein bis sechs Arbeitnehmer. Nur in 265 Fällen (0,7%) waren mehr als 100 Personen von der Insolvenz betroffen (siehe Schaubild 3).

2.6 Bezieher von Insolvenzgeld

Arbeitnehmer haben Anspruch auf ein so genanntes Insolvenzgeld (frühere Bezeichnung: Konkursausfallgeld), wenn sie bei Eintritt der Insolvenz für die drei vorangegangenen Monate noch Anspruch auf nicht bezahlte Löhne und Gehälter haben. Dies gilt unabhängig davon, ob das Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird. Aufgebracht wird das Insolvenzgeld durch die Solidargemeinschaft der Arbeitgeber, eingezogen wird es durch die Berufsgenossenschaften, ausgezahlt durch die Bundesagentur für Arbeit. Im Jahr 2003 wurde 285 000 Arbeitnehmern Insolvenzgeld bewilligt. Diese Zahlen stimmen ungefähr mit der Zahl der betroffenen Arbeitnehmer (220 000) überein, wenn man berücksichtigt, dass in der Insolvenzstatistik mehr als ein Zehntel der Meldungen keine Angaben über die Beschäftigten enthielt. Nach Mitteilung des Hauptverbandes der Berufsgenossenschaften sind 2003 die Umlagen für das Insolvenzgeld um 13% niedriger ausgefallen als 2002. Den betroffenen Arbeitnehmern wurden im Jahr 2003 von der Bundesagentur für Arbeit 1,7 Mrd. Euro ausbezahlt.

Bezieher von Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld
1 000

1975	98
1980	62
1990	63
1995	220
1996	267
1997	262
1998	251
1999	240
2000	245
2001	275
2002	301
2003	285

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

3 Verbraucherinsolvenzen

Nach einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2000

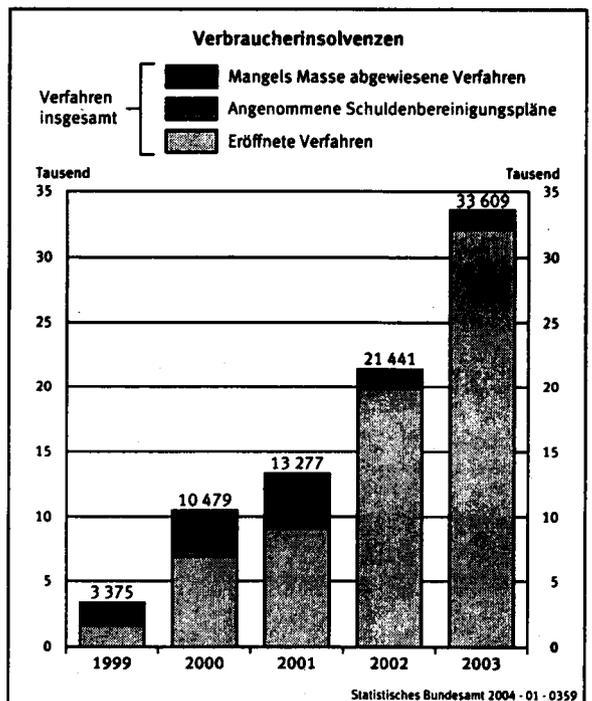
gelten in Deutschland bis zu 3 Mill. Haushalte als überschuldet, können also mit ihrem laufenden Einkommen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr vollständig nachkommen. Wenn Schuldner nach Mahnverfahren und Lohnpfändung die Gläubiger nicht zufrieden stellen können, kommt es im Allgemeinen zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung durch den Gerichtsvollzieher. In dieser muss der Schuldner die Vollständigkeit und Richtigkeit einer vom Gerichtsvollzieher gemachten Vermögensaufstellung an Eides statt versichern. Danach wird der Schuldner in einem Verzeichnis geführt, das nach drei Jahren gelöscht wird, sofern kein Gläubiger erneut eine derartige Versicherung verlangt. Die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2002 wurden knapp 1 Mill. Erklärungen abgegeben.

Tabelle 6: Verbraucherinsolvenzen

Jahr	Eröffnete Verfahren	Mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungspläne angenommen	Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		Durchschnittliche Schulden je Fall 1 000 EUR
					Anzahl	%	
1999	1 634	1 496	227	3 357	X		179
2000	6 886	2 449	1 144	10 479	+212,2		189
2001	9 070	2 552	1 655	13 277	+26,7		193
2002	19 857	489	1 095	21 441	+61,5		115
2003	32 131	244	1 234	33 609	+56,8		92

Für private Schuldner wurde 1999 das so genannte Verbraucherinsolvenzverfahren eingeführt, mit einem gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren vereinfachten Ablauf. Bevor jedoch ein Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt werden kann, muss nachgewiesen werden, dass außerge-

Schaubild 4



Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

richtlich eine Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner auf der Grundlage eines Plans erfolglos verlaufen ist. Wenn außergerichtlich keine Einigung zu Stande gekommen ist, kann das Gericht einen weiteren Versuch unternehmen, der im Ergebnis zur Annahme eines gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans führt. Erst wenn dies nicht gelingt, kommt ein Verbraucherinsolvenzverfahren in Betracht. Dieses Verfahren sieht vor, dass der Schuldner sechs Jahre lang sein pfändbares Einkommen oder ähnliche Bezüge dem Gläubiger zur Verfügung stellt. Danach wird ihm eine so genannte Restschuldbefreiung gewährt. Voraussetzung dafür ist, dass ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet werden kann, das heißt der Schuldner in der Lage ist, die Verfahrenskosten zu bezahlen. Da diese Kosten sich in der Praxis als unüberwindbares Hindernis erwiesen haben, wurde im Dezember 2001 die Insolvenzordnung erneut geändert. Seitdem besteht die Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten durch die Staatskasse, wenn der Schuldner nicht in der Lage ist, diese aufzubringen.

Als 1999 das Verbraucherinsolvenzverfahren in Kraft trat, wurde davon zunächst nur zögerlich Gebrauch gemacht. Dies lag zum einen daran, dass zuvor erst außergerichtliche Einigungsversuche unternommen und bestätigt werden

mussten, bevor ein gerichtliches Verfahren begann. Zudem mussten sich sowohl Schuldner als auch Gerichte auf die neuen Möglichkeiten einrichten. Als sich dies im Jahr 2000 dahingehend auswirkte, dass mit In-Kraft-Treten der neuen Insolvenzordnung die Schuldnerberatungsstellen zu Insolvenzberatungsstellen aufgewertet und damit die überschuldeten Haushalte besser informiert wurden, verdreifachte sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen binnen Jahresfrist auf über 10 000. 2001 stiegen die Verbraucherinsolvenzen um ein Viertel an. Wahrscheinlich wäre der Anstieg stärker ausgefallen, wenn nicht zum Jahresende 2001 viele Antragsteller die weiteren Änderungen des Insolvenzrechts abgewartet hätten. Diese brachten eine Verkürzung des Wohlverhaltenszeitraums von sieben auf sechs Jahre und die erwähnte Stundungsmöglichkeit der Verfahrenskosten. Daraufhin kam es im Jahr 2002 zu über 21 000 Anträgen auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens, denen in der Regel entsprochen wurde. Das Interesse an einer Entschuldung auf diesem Wege hielt auch 2003 mit 33 609 derartigen Verfahren unvermindert an. Dabei zeigt sich aber, dass der Schuldenbereinigungsplan, der für die Gläubiger die günstigere Lösung darstellt, immer seltener zu Stande kommt.

Die überschuldeten Haushalte weisen relativ hohe Verbindlichkeiten auf, die sich in den letzten beiden Jahren in der Größenordnung von durchschnittlich rund 100 000 Euro bewegten. Bis 2001 waren die durchschnittlichen Verbindlichkeiten doppelt so hoch gewesen. Dies hängt damit zusammen, dass bis 2001 nicht trennscharf zwischen reinen Verbrauchern und solchen Personen unterschieden wurde, die früher einmal eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt hatten und auf Grund dieser Selbstständigkeit höhere Verbindlichkeiten besaßen.

4 Entwicklung der offenen Forderungen

Die zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags ermittelten Forderungen stützen sich weitgehend auf die Angaben der Schuldner, da zu diesem Zeitpunkt noch keine Aufforde-

Schaubild 5

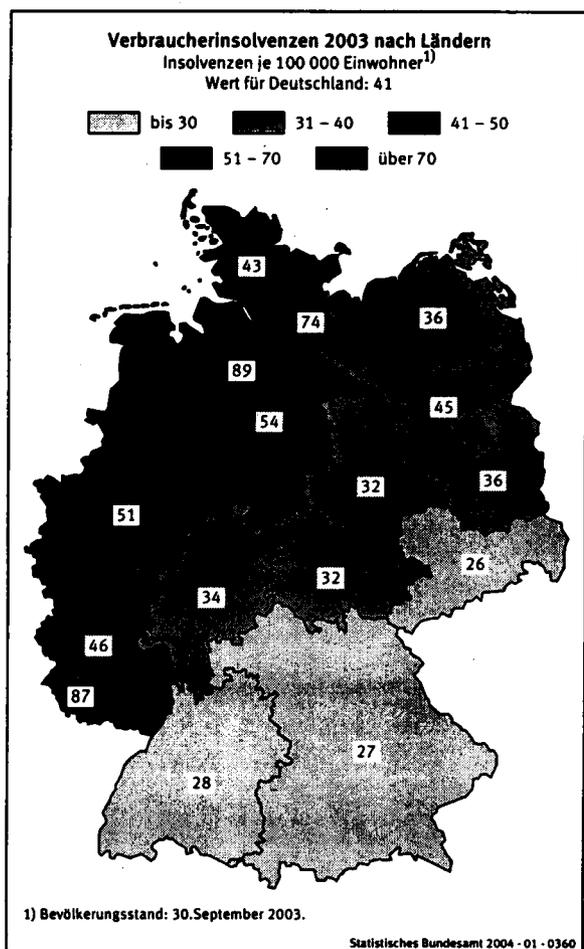


Tabelle 7: Voraussichtliche Forderungen und Beschäftigte

Jahr	Voraussichtliche Forderungen			Beschäftigte	
	insgesamt	dar.: Verbraucher	je Fall ¹⁾	insgesamt	je Fall
	Mrd. EUR		1 000 EUR	Anzahl	
1991	6,3	.	480	.	.
1992	7,7	.	500	.	.
1993	14,8	.	730	.	.
1994	17,9	.	720	.	.
1995	16,7	.	580	.	.
1996	21,9	.	700	.	.
1997	19,7	.	590	.	.
1998	20,1	.	590	.	.
1999	17,3	0,5	620	.	.
2000	24,0	1,8	760	181 318	8
2001	30,9	2,5	820	202 829	9
2002	61,5	2,4	1 200	273 501	9
2003	42,0	3,1	730	218 990	6

1) Ohne Berücksichtigung der Verbraucher und ab 2002 auch ohne ehemals selbstständig Tätige.

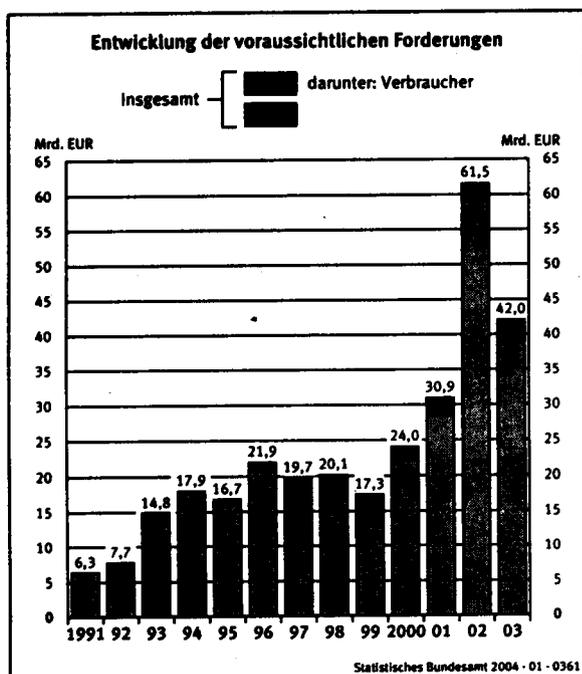
rung an die Gläubiger ergangen ist, ihre Ansprüche anzumelden. Frühere Untersuchungen haben ergeben, dass die tatsächlichen Forderungen höher liegen. Trotzdem bieten die zu diesem Zeitpunkt ermittelten Forderungen wichtige Anhaltspunkte für das Ausmaß der finanziellen Schäden. In der Vergangenheit waren die Vermögenswerte, die Schuldner zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten zur Verfügung standen, sehr gering. Die Deckungsquote belief sich auf 5 bis 10% der Forderungen. Bei Abweisung mangels Masse gehen die Gläubiger ohnehin leer aus.

noch für ihre Verbindlichkeiten haften. Zwar machen reine Verbraucherinsolvenzen etwa ein Drittel aller Insolvenzfälle aus, ihr Anteil an den gesamten Forderungen liegt jedoch bei unter 8% (siehe Schaubild 6). 11

Die Forderungen entsprechen in etwa der Entwicklung der Insolvenzzahlen. Im vergangenen Jahrzehnt bezogen sich die höchsten offenen Forderungen mit 22 Mrd. Euro auf das Jahr 1996. Im ersten Jahr nach der Einführung des neuen Insolvenzrechts, also im Jahr 1999, fiel der zu erwartende finanzielle Schaden für die Gläubiger mit gut 17 Mrd. Euro niedriger aus als in den Jahren zuvor. In den folgenden beiden Jahren stiegen die Beträge beträchtlich an. Nach 24 Mrd. Euro im Jahr 2000 hätten die Schuldner 2001 knapp 31 Mrd. Euro aufbringen müssen, um ihre Schulden zu begleichen. Im Jahr 2002 hatten sich diese voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger auf knapp 62 Mrd. Euro verdoppelt. Diese hohe Summe ist Folge der vielen Insolvenzen großer und bekannter Unternehmen. 2002 ereigneten sich allein sieben der zehn größten europäischen Unternehmenszusammenbrüche in Deutschland.

Im Jahr 2003 bleiben die Forderungsausfälle der Gläubiger mit 42 Mrd. Euro deutlich unter denen des Vorjahres. Über 70% aller Forderungen gehen auf das Konto von aktiven Unternehmen. Weitere 15% stammen von Unternehmen, die ihre Tätigkeit längst eingestellt haben, aber immer

Schaubild 6



1 Zusammenfassende Übersichten
1.1 Entwicklung der Insolvenzen¹⁾

Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren/Insolvenzen ²⁾				Insolvenzen					
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	Schuldenbereinigungsplan angenommen	zusammen	Vergleichsverfahren eröffnet	insgesamt	dar.: Unternehmen ³⁾	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
								insgesamt	dar.: Unternehmen	
Anzahl							%			
Früheres Bundesgebiet⁴⁾										
1950	3 286	1 211	x	4 497	1 721	5 735	5 168	+ 35,7	+ 27,7	
1960	1 742	947	x	2 689	343	2 958	2 358	- 2,2	- 2,3	
1970	2 081	1 862	x	3 943	324	4 201	2 716	+ 10,3	+ 8,9	
1980	2 420	6 639	x	9 059	94	9 140	6 315	+ 9,9	+ 15,2	
1990	3 214	10 029	x	13 243	42	13 271	8 730	- 9,4	- 9,0	
1991	3 236	9 667	x	12 903	39	12 922	8 445	- 2,6	- 3,3	
1992	3 691	10 403	x	14 094	37	14 117	9 828	+ 9,2	+ 16,4	
1993	4 629	12 853	x	17 482	73	17 537	12 821	+ 24,2	+ 30,5	
1994	5 053	14 997	x	20 050	67	20 092	14 913	+ 14,6	+ 16,4	
1995	5 616	16 072	x	21 688	56	21 714	16 470	+ 8,1	+ 10,3	
1996	6 053	17 010	x	23 063	53	23 078	18 111	+ 6,3	+ 10,0	
1997	6 195	17 982	x	24 177	35	24 212	19 348	+ 4,9	+ 6,8	
1998	6 268	18 134	x	24 402	30	24 432	19 213	+ 0,9	- 0,7	
1999	8 801	13 883	234	22 918	x	22 918	16 772	x	x	
2000	14 765	13 994	1 106	29 865	x	29 865	18 062	+ 30,3	+ 7,7	
2001	19 383	14 972	1 515	35 870	x	35 870	21 664	+ 20,1	+ 19,9	
2002	46 826	15 045	1 001	62 872	x	62 872	26 638	+ 75,3	+ 23,0	
2003	59 941	15 864	1 108	76 913	x	76 913	29 584	+ 22,3	+ 11,1	
Neue Länder und Berlin-Ost⁵⁾										
1991	328	73	x	401	x	401	392	x	x	
1992	669	516	x	1 185	x	1 185	1 092	+ 195,5	+ 178,6	
1993	1 213	1 548	x	2 761	x	2 761	2 327	+ 133,0	+ 113,1	
1994	1 779	3 057	x	4 836	x	4 836	3 911	+ 75,2	+ 68,1	
1995	2 408	4 663	x	7 071	x	7 071	5 874	+ 46,2	+ 50,2	
1996	2 557	5 836	x	8 393	x	8 393	7 419	+ 18,7	+ 26,3	
1997	2 639	6 547	x	9 186	x	9 186	8 126	+ 9,4	+ 9,5	
1998	2 695	6 850		9 545	x	9 545	8 615	+ 3,9	+ 6,0	
1999	3 044	5 703	x	8 752	x	8 752	7 567	x	x	
2000	4 277	5 536	68	9 881	x	9 881	8 047	+ 12,9	+ 6,3	
2001	4 979	5 691	149	10 819	x	10 819	8 506	+ 9,5	+ 5,7	
2002	12 158	4 830	117	17 105	x	17 105	8 847	+ 58,1	+ 4,0	
2003	13 812	4 423	155	18 390	x	18 390	7 575	+ 7,5	- 14,4	
Berlin										
1999	410	1 956	2	2 368	x	2 368	2 137	+ 11,7	+ 11,5	
2000	656	1 827	30	2 513	x	2 513	2 126	+ 6,1	- 0,5	
2001	868	1 697	72	2 637	x	2 637	2 108	+ 4,9	- 0,8	
2002	2 706	1 676	68	4 450	x	4 450	2 094	+ 68,8	- 0,7	
2003	3 484	1 847	89	5 420	x	5 420	2 161	+ 21,8	+ 3,2	
Deutschland										
1991	3 564	9 740	x	13 304	39	13 323	8 837	x	x	
1992	4 360	10 919	x	15 279	37	15 302	10 920	+ 14,9	+ 23,6	
1993	5 842	14 401	x	20 243	73	20 298	15 148	+ 32,6	+ 38,7	
1994	6 832	18 054	x	24 886	67	24 928	18 837	+ 22,8	+ 24,4	
1995	8 024	20 735	x	28 759	56	28 785	22 344	+ 15,5	+ 18,6	
1996	8 610	22 846	x	31 456	53	31 471	25 530	+ 9,3	+ 14,3	
1997	8 834	24 529	x	33 363	35	33 398	27 474	+ 6,1	+ 7,6	
1998	8 963	24 984	x	33 947	30	33 977	27 828	+ 1,7	+ 1,3	
1999	12 255	21 542	241	34 038	x	34 038	26 476	+ 0,2	- 4,9	
2000	19 698	21 357	1 204	42 259	x	42 259	28 235	+ 24,2	+ 6,6	
2001	25 230	22 360	1 736	49 326	x	49 326	32 278	+ 16,7	+ 14,3	
2002	61 690	21 551	1 186	84 427	x	84 427	37 579	+ 71,2	+ 16,4	
2003	77 237	22 134	1 352	100 723	x	100 723	39 320	+ 19,3	+ 4,6	

1) Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlusskonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren.

2) Ab 1999 nur noch Insolvenzen.
3) Ab 1999 einschl. Kleingewerbe.
4) Ab 1999 ohne Berlin - West.
5) Ab 1999 ohne Berlin - Ost.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.2 Personen, denen (bzw. für die) im Berichtszeitraum Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld (Insg) bewilligt wurde*)

Jahr Monat	Einzel- und Sammelanträge			Veränderung gegenüber dem Vorjahr %
	von Unternehmen ¹⁾	von Dritten ²⁾	zusammen	
	bewilligt für ... Personen			
Früheres Bundesgebiet³⁾				
1985	102 193	15 155	117 348	+ 0,8
1990	55 753	7 719	63 472	- 5,1
1991	58 750	5 285	64 035	+ 0,9
1992	80 615	5 897	86 512	+ 35,1
1993	118 003	8 150	126 153	+ 45,8
1994	116 033	11 797	127 830	+ 1,3
1995	122 900	11 320	134 220	+ 5,0
1996	146 364	13 172	159 536	+ 18,9
1997	145 369	11 589	156 958	- 1,6
1998	138 295	11 968	150 263	- 4,3
1999	141 009	14 170	155 179	+ 3,3
2000	138 604	20 886	159 490	+ 2,8
2001	168 882	19 962	188 844	+ 18,4
2002	204 223	12 988	217 211	+ 15,0
2003	195 094	15 242	210 336	- 3,2
2003 Dezember	13 429	1 209	14 638	- 7,6
Neue Länder und Berlin-Ost³⁾				
1993	40 238	1 162	41 400	x
1994	60 183	1 534	61 717	+ 49,1
1995	84 056	1 970	86 026	+ 39,4
1996	104 386	2 928	107 314	+ 24,7
1997	102 123	3 002	105 125	- 2,0
1998	97 967	2 754	100 721	- 4,2
1999	81 426	3 001	84 427	- 16,2
2000	83 061	2 672	85 733	+ 1,5
2001	83 072	2 719	85 791	+ 0,1
2002	81 430	2 565	83 995	- 2,1
2003	72 703	2 431	75 134	- 10,5
2003 Dezember	5 383	163	5 546	+ 1,8
Deutschland				
1993	158 241	9 312	167 553	x
1994	176 216	13 331	189 547	+ 13,1
1995	206 956	13 290	220 246	+ 16,2
1996	250 750	16 100	266 850	+ 21,2
1997	247 492	14 591	262 083	- 1,8
1998	236 262	14 722	250 984	- 4,2
1999	222 435	17 171	239 606	- 4,5
2000	221 665	23 558	245 223	+ 2,3
2001	251 954	22 681	274 635	+ 12,0
2002	285 653	15 553	301 206	+ 9,7
2003	267 797	17 673	285 470	- 5,2
2003 Dezember	18 812	1 372	20 184	- 5,2

*) Endgültige Bewilligung; ohne Anträge von Einzugsstellen auf Entrichtung von Beiträgen.

1) Sammelanträge z.B. von Betriebsrat, Gewerkschaft oder Konkurs- bzw. Insolvenzverwalter.

2) Z.B. von Kreditinstituten aufgrund abgetretener Ansprüche.

3) Ab April 2001 sind durch Gebietsverschiebungen in Berlin Vergleiche mit vorangegangenen Zeiträumen für das Bundesgebiet West und Ost nur eingeschränkt möglich.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

1.3 Wechselproteste und nicht eingelöste Schecks*)

Jahr Monat	Wechselproteste			Nicht eingelöste Schecks		
	Fälle	Betrag	Durchschnitts- betrag je Wechsel	Fälle	Betrag	Durchschnitts- betrag je Scheck
	Anzahl	Mill. EUR	EUR	Anzahl	Mill. EUR	EUR
Deutschland						
1999	37 497	314	8 374	1 041 970	2 449	2 350
2000	31 954	308	9 639	1 048 639	2 479	2 364
2001	29 993	348	11 603	1 019 080	2 366	2 322
2002	24 050	276	11 476	819 559	2 114	2 579
2003	18 838	222	11 785	688 090	1 762	2 561
2003 Dezember	1 404	13	9 259	49 365	132	2 674

*) Bei Landeszentralbanken und Kreditinstituten (einschl. Teilzahlungskreditinstituten) im Bundesgebiet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt a.M.

1 Zusammenfassende Übersichten

1.4 Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten von Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen, Rechtsformen und Ländern

Deutschland
Jahr 2002 und 2003

Nummer der WZ 2003 ¹⁾	Wirtschaftszweig Rechtsform Land	Insolvenzen		Unternehmen ²⁾	Unternehmen ²⁾	Insolvenzhäufigkeiten ³⁾	
		2002	2003	2001	2002	2002	2003
Anzahl							
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe)							
A-K, M-O	Unternehmen (einschl. Kleingewerbe)	37 579	39 320	2 920 983		129	135
nach Wirtschaftszweigen							
A	Land- und Forstwirtschaft	559	677	66 147		x	x
B	Fischerei und Fischzucht	2	1	921		x	x
C	Bergbau und Gew. v. Steinen und Erden	37	32	3 048		121	105
D	Verarbeitendes Gewerbe	4 344	4 556	289 166		150	158
E	Energie- und Wasserversorgung	27	27	10 812		25	25
F	Baugewerbe	9 160	8 697	321 184		285	271
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz und Gebrauchsgütern	7 491	7 913	720 832		104	110
H	Gastgewerbe	2 655	3 104	248 763		107	125
I	Verkehr- und Nachrichten- übermittlung	2 451	2 593	126 774		193	205
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	383	438	15 803		x	x
K	Grundst., Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen usw.	8 174	8 671	779 411		105	111
M	Erziehung und Unterricht	154	214	28 336		54	76
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	498	576	37 177		134	155
O	Erbringung sonst. öff. u. persönl. Dienstleistungen	1 644	1 821	271 960		60	67
nach der Rechtsform des Unternehmens							
	Einzelunternehmen ⁴⁾	13 554	15 041	2 041 786		66	74
	Personengesellschaften (OHG, KG)	3 194	3 269	368 604		87	89
	Gesellschaften m. b. H.	19 770	20 034	800 000		247	250
	Aktiengesellschaften, KGaA	631	508	14 000		451	363
	Sonstige Unternehmen	430	468	52 475		82	89
nach Ländern							
	Baden-Württemberg	3 366	3 235	409 625		82	79
	Bayern	4 687	4 818	510 432		92	94
	Berlin	2 094	2 161	110 942		189	195
	Brandenburg	1 592	1 195	77 459		206	154
	Bremen	313	297	21 552		145	138
	Hamburg	809	1 010	77 539		104	130
	Hessen	2 231	2 337	231 315		96	101
	Mecklenburg-Vorpommern	1 146	1 107	50 513		227	219
	Niedersachsen	2 680	3 115	248 648		108	125
	Nordrhein-Westfalen	9 369	11 393	624 775		150	182
	Rheinland-Pfalz	1 497	1 549	149 914		100	103
	Saarland	298	410	34 029		88	120
	Sachsen	2 727	2 430	134 908		202	180
	Sachsen-Anhalt	2 012	1 803	66 374		303	272
	Schleswig-Holstein	1 388	1 420	99 798		139	142
	Thüringen	1 370	1 040	73 160		187	142

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.
2) Quelle: Umsatzsteuerstatistik 2001; Ausnahmen bei GmbH, AG und KGaA: Vorläufige Schätzung.

3) Bezogen auf 10 000 Unternehmen.
4) Einschl. nicht ins Handelsregister eingetragener Unternehmen sowie Kleingewerbe.

**2 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter
und Zahl der Beschäftigten
Dezember 2003**

Gegenstand der Nachweisung	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäftigte	Voraus- sichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
	Anzahl							
Insgesamt								
Insgesamt	6467	1695	114	8276	6775	+22,2	18507	3040185
nach Art der Verfahren								
Eröffnetes Verfahren	6467	X	X	6467	5000	+29,3	16524	2591227
Mangels Masse abgewiesene Anträge	X	1695	X	1695	1686	+0,5	1983	438485
Verfahren mit Schuldenbereinigungsplan	X	X	114	114	89	+28,1	X	10474
nach Höhe der voraussichtlichen Forderungen								
Forderungen von ... bis unter ... Euro								
Unter 5 000	43	143	3	189	172	+9,9	71	497
5 000 - 50 000	2746	598	82	3426	2322	+47,5	708	98340
50 000 - 250 000	2199	613	22	2834	2452	+15,6	3241	361638
250 000 - 500 000	602	143	2	747	693	+7,8	3275	256866
500 000 - ,1 Mill.	375	88	2	465	453	+2,6	2424	323791
1 Mill. - 5 Mill.	348	68	2	418	468	-10,7	3967	803858
5 Mill. - 25 Mill.	58	10	-	68	76	-10,5	4685	652707
25 Mill. und mehr	5	1	-	6	13	-53,8	40	542488
Unbekannt	91	31	1	123	126	-2,4	96	X
Unternehmen								
Zusammen	1890	1246	X	3136	2934	+6,9	18507	2177460
nach Rechtsformen								
Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe..	901	347	X	1248	1053	+18,5	2032	362160
Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	161	110	X	271	268	+1,1	6976	384849
dar. GmbH & Co. KG	103	48	X	151	163	-7,4	6452	298756
GbR	35	48	X	83	66	+25,8	155	51848
Gesellschaften m.b.H.	791	755	X	1546	1538	+0,5	8851	1339880
Aktiengesellschaften, KGaA	16	12	X	28	50	-44,0	352	60894
Sonstige Rechtsformen	21	22	X	43	25	+72,0	296	29676
nach dem Alter der Unternehmen								
Unter 8 Jahre alt	743	696	X	1439	1373	+4,8	6915	745300
dar. bis 3 Jahre alt	377	386	X	763	752	+1,5	3392	278008
8 Jahre und älter	597	304	X	901	896	+0,6	10217	1182930
Unbekannt	550	246	X	796	665	+19,7	1375	249230
nach der Zahl der Beschäftigten								
Kein Beschäftigter	692	616	X	1308	1070	+22,2	X	475943
1 Beschäftigte(r)	191	144	X	335	360	-6,9	335	139693
2 bis 5 Beschäftigte	348	187	X	535	500	+7,0	1649	427206
6 bis 10 Beschäftigte	171	34	X	205	222	-7,7	1591	125835
11 bis 100 Beschäftigte	276	31	X	307	360	-14,7	7875	675976
Mehr als 100 Beschäftigte	23	1	X	24	26	-7,7	7057	174245
Unbekannt	189	233	X	422	396	+6,6	X	158563
Übrige Schuldner								
Zusammen	4577	449	114	5140	3841	+33,8	X	862726
Natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä. ...	222	89	X	311	300	+3,7	X	73478
Ehemals selbständig Tätige 1).....	1234	229	X	1463	1265	+15,7	X	399608
Ehemals selbständig Tätige 2).....	213	10	13	236	191	+23,6	X	43727
Verbraucher	2819	26	101	2946	1888	+56,0	X	287761
Nachlässe	89	95	X	184	197	-6,6	X	58153

1) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind.
2) die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Dezember 2003

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-)nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl						
A-K, M-O	Insgesamt	1890	1246	3136	2934	+6,9	18507	2177460
A	Land- u. Forstwirtschaft	37	20	57	38	+50,0	285	17209
01	Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	36	18	54	36	+50,0	285	16259
02	Forstwirtschaft	1	2	3	2	+50,0	-	950
B	Fischerei u. Fischzucht	-	-	-	-	-	-	-
C	Bergbau u. Gew. v. Steinen u. Erden	1	1	2	2	0,0	3	8594
D	Verarbeitendes Gewerbe	246	109	355	376	-5,6	4392	309109
15	Ernährungsgewerbe	32	14	46	39	+17,9	801	18020
16	Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	-
17	Textilgewerbe	5	3	8	11	-27,3	60	5904
18	Bekleidungs-gewerbe	6	2	8	6	+33,3	134	1956
19	Ledergewerbe	2	1	3	3	0,0	131	3387
20	Holzgewerbe (ohne Herst. von Möbeln)	19	8	27	22	+22,7	149	14742
21	Papiergewerbe	1	1	2	8	-75,0	16	1651
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	30	9	39	41	-4,9	393	21472
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	-	-	-	-	-	-	-
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen .	5	1	6	6	0,0	12	11374
25	Herst.von Gummi- u. Kunststoffwaren	14	4	18	8	+125,0	344	27235
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	7	3	10	16	-37,5	23	4161
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	5	2	7	10	-30,0	18	3289
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	50	21	71	71	0,0	623	65352
29	Maschinenbau	27	11	38	47	-19,1	693	48770
30	Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	2	2	4	3	+33,3	52	6557
31	Herstellung v. Geräten d. Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u.Ä.	9	4	13	14	-7,1	324	26486
32	Rundfunk-, und Nachrichtentechnik	4	6	10	12	-16,7	16	3171
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Optik, Uhren	11	9	20	19	+5,3	199	19559
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3	-	3	-	X	4	60
35	Sonstiger Fahrzeugbau	3	1	4	2	+100,0	205	15156
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	8	5	13	30	-56,7	194	7730
37	Recycling	3	2	5	8	-37,5	1	3077

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Dezember 2003

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Beschäftigte	Voraus-sichtliche Forde-rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl						
E	Energie- u. Wasserversorgung	2	2	4	2	+100,0	30	293
F	Baugewerbe	371	278	649	604	+7,5	3784	301431
45.1	Vorbereitende Baustellenarbeiten	7	5	12	18	-33,3	76	3871
45.2	Hoch- u. Tiefbau	176	123	299	306	-2,3	2239	197310
45.3	Bauinstallation	96	72	168	125	+34,4	826	60948
45.4	Sonstiges Baugewerbe	92	77	169	154	+9,7	643	39225
45.5	Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	-	1	1	1	0,0	-	77
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	405	221	626	584	+7,2	2628	346506
50	Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz; Tankstellen	65	41	106	84	+26,2	905	58648
51	Handelsvermittlung u. Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	107	62	169	190	-11,1	773	122211
51.1	Handelsvermittlung	17	13	30	27	+11,1	34	6231
51.2	Gh. mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	4	2	6	4	+50,0	68	3159
51.3	Gh. mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	6	5	11	20	-45,0	94	18806
51.4	Gh. mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	26	16	42	38	+10,5	168	21794
51.5	Gh. mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterial u. Reststoffen ..	18	12	30	48	-37,5	139	25050
51.8	Gh. mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	28	7	35	44	-20,5	261	42917
51.9	Sonstiger Großhandel	8	7	15	9	+66,7	9	4256
52	Eh. (ohne Handel m. Kfz u. ohne Tankst.); Reparatur von Gebrauchsgütern	233	118	351	310	+13,2	950	165647
52.1	Eh. mit Waren verschiedener Art	20	9	29	29	0,0	117	7807
52.2	Fach-Eh. mit Nahrungsmitteln usw.	23	7	30	37	-18,9	78	9727
52.3	Apotheken; Fach-Eh. mit medizinisch orthopädischen und kosmetischen Artikeln	4	2	6	10	-40,0	13	4380
52.4	Sonstiger Facheinzelhandel	160	87	247	202	+22,3	672	91732
52.5	Eh. m. Antiquitäten u. Gebrauchtwaren ...	7	5	12	5	+140,0	6	1375
52.6	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) ..	8	4	12	21	-42,9	39	3498
52.7	Reparatur von Gebrauchsgütern	11	4	15	6	+150,0	25	47129
H	Gastgewerbe	147	101	248	224	+10,7	680	68574
I	Verkehr u. Nachrichten-übermittlung	138	83	221	189	+16,9	2023	57221
60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	68	31	99	113	-12,4	212	18584
61	Schifffahrt	1	1	2	-	X	13	408
62	Luftfahrt	2	2	4	1	+300,0	1164	804
63	Hilfs- u. Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	49	33	82	47	+74,5	311	17849
63.3	darunter: Reisebüros und Reiseveranstalter	13	13	26	13	+100,0	48	4399
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	33	17	50	30	+66,7	234	12580
64	Nachrichtenübermittlung	18	16	34	28	+21,4	323	19576

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

3 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Dezember 2003

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-)nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl						
J	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	27	19	46	27	+70,4	50	14574
65	Kreditgewerbe	-	1	1	1	0,0	-	242
	darunter:							
65.2	Sonst. Finanzierungsinstitutionen	-	1	1	1	0,0	-	242
66	Versicherungsgewerbe	1	-	1	-	X	10	4274
67	Kredit- u. Versicherungshilfsgewerbe	26	18	44	26	+69,2	40	10058
K	Grundst., Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen, wirtschaftliche Dienstleistungen	379	330	709	711	-0,3	3984	958816
70	Grundstücks- u. Wohnungswesen	70	98	168	181	-7,2	153	203206
70.1	Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	32	53	85	88	-3,4	91	97652
70.2	Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	9	7	16	29	-44,8	14	32822
70.3	Vermittlung und Verwaltung von fremden Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	29	38	67	64	+4,7	48	72732
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	7	5	12	21	-42,9	9	6519
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	49	26	75	95	-21,1	245	25678
73	Forschung u. Entwicklung	7	2	9	11	-18,2	55	141453
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	246	199	445	403	+10,4	3522	581959
74.1	Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung usw.	76	85	161	159	+1,3	567	193602
74.2	Architektur- u. Ingenieurbüros	50	30	80	86	-7,0	273	323863
74.3	Technische, physikalische u. chemische Untersuchung	1	3	4	4	0,0	1	324
74.4	Werbung	34	19	53	46	+15,2	139	13855
74.5	Personalvermittlung usw.	15	4	19	11	+72,7	436	3908
74.6	Wach- und Sicherheitsdienste, Detekteien ..	7	5	12	10	+20,0	107	2236
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	20	20	40	26	+53,8	1816	10542
74.8	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	43	33	76	61	+24,6	183	33631
M	Erziehung u. Unterricht	18	8	26	9	+188,9	64	10563
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	40	15	55	35	+57,1	251	17162
O	Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	79	59	138	133	+3,8	333	67408
90	Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstiger Entsorgung	4	2	6	7	-14,3	34	3476
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	5	9	14	5	+180,0	23	1613
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	32	26	58	65	-10,8	65	15403
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	38	22	60	56	+7,1	211	46916
	darunter:							
93.01	Wäscherei und chemische Reinigung	8	4	12	4	+200,0	100	33696
93.02	Frisör- und Kosmetiksalons	13	8	21	21	0,0	34	2455

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.
 Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

4 Insolvenzen nach Ländern
Dezember 2003

Land	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren- insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäftigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				

Insgesamt

Deutschland	6467	1695	114	8276	6775	+22,2	18507	3040113
Baden-Württemberg	588	147	31	766	698	+9,7	1624	516091
Bayern	832	361	17	1210	868	+39,4	3136	468683
Berlin	232	126	6	364	388	-6,2	466	219009
Brandenburg	193	64	-	257	270	-4,8	715	208740
Bremen	79	13	1	93	97	-4,1	44	16735
Hamburg	201	21	-	222	156	+42,3	2472	84862
Hessen	422	110	3	535	420	+27,4	2309	131494
Mecklenburg-Vorpommern	150	26	1	177	197	-10,2	205	47489
Niedersachsen	789	123	3	915	704	+30,0	1565	213736
Nordrhein-Westfalen	1559	313	29	1901	1471	+29,2	3847	607765
Rheinland-Pfalz	293	55	10	358	345	+3,8	548	88798
Saarland	89	22	-	111	92	+20,7	96	9536
Sachsen	311	110	3	424	359	+18,1	543	172175
Sachsen-Anhalt	207	51	1	259	260	-0,4	355	101556
Schleswig-Holstein	332	71	4	407	276	+47,5	490	96387
Thüringen	190	82	5	277	174	+59,2	92	57058

darunter Unternehmen

Deutschland	1890	1246	X	3136	2934	+6,9	18507	2177460
Baden-Württemberg	171	86	X	257	279	-7,9	1624	420406
Bayern	236	283	X	519	444	+16,9	3136	340333
Berlin	46	101	X	147	160	-8,1	466	163237
Brandenburg	43	49	X	92	113	-18,6	715	185260
Bremen	13	10	X	23	25	-8,0	44	5508
Hamburg	62	14	X	76	70	+8,6	2472	66039
Hessen	98	74	X	172	170	+1,2	2309	74279
Mecklenburg-Vorpommern	59	15	X	74	103	-28,2	205	29638
Niedersachsen	131	83	X	214	189	+13,2	1565	125089
Nordrhein-Westfalen	646	270	X	916	757	+21,0	3847	477795
Rheinland-Pfalz	68	41	X	109	118	-7,6	548	47584
Saarland	7	15	X	22	29	-24,1	96	2182
Sachsen	101	79	X	180	174	+3,4	543	107052
Sachsen-Anhalt	84	41	X	125	133	-6,0	355	63581
Schleswig-Holstein	90	39	X	129	100	+29,0	490	44390
Thüringen	35	46	X	81	70	+15,7	92	25087

**5 Insolvenzen nach Art des Verfahrens, Höhe der Forderungen, Rechtsformen, Alter und Zahl der Beschäftigten
Jahr 2003**

Gegenstand der Nachweisung	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen 1 000 EURO
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
Insgesamt								
Insgesamt	77237	22134	1352	100723	84427	+19,3	218990	41989083
nach Art der Verfahren								
Eröffnetes Verfahren	77237	X	X	77237	61691	+25,2	189094	35442207
Mangels Masse abgewiesene Anträge	X	22134	X	22134	21550	+2,7	29896	6363849
Verfahren mit Schuldenbereinigungsplan	X	X	1352	1352	1186	+14,0	X	183028
nach Höhe der voraussichtlichen Forderungen								
Forderungen von ... bis unter ... Euro								
Unter 5 000	420	1838	26	2284	2205	+3,6	735	6007
5 000 - 50 000	30910	7464	813	39187	25998	+50,7	10614	1151480
50 000 - 250 000	27252	7833	352	35437	32198	+10,1	36275	4585759
250 000 - 500 000	7261	2153	65	9479	9165	+3,4	26930	3255636
500 000 - 1 Mill.	4847	1218	31	6096	5846	+4,3	29823	4241646
1 Mill. - 5 Mill.	4274	981	28	5283	5293	-0,2	59873	10368699
5 Mill. - 25 Mill.	778	142	4	924	1015	-9,0	36993	8914279
25 Mill. und mehr	122	11	-	133	183	-27,3	15784	9465578
Unbekannt	1373	494	33	1900	2524	-24,7	1963	X
Unternehmen								
Zusammen	23060	16260	X	39320	37579	+4,6	218990	30522410
nach Rechtsformen								
Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe..	10803	4238	X	15041	13554	+11,0	26572	4525014
Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	1933	1336	X	3269	3194	+2,3	46028	5964037
dar. GmbH & Co. KG	1275	633	X	1908	1936	-1,4	38106	5110640
GbR	374	495	X	869	797	+9,0	3819	375815
Gesellschaften m.b.H.	9765	10269	X	20034	19770	+1,3	131686	16895337
Aktiengesellschaften, KGaA	327	181	X	508	631	-19,5	11408	2739374
Sonstige Rechtsformen	232	236	X	468	430	+8,8	3296	398648
nach dem Alter der Unternehmen								
Unter 8 Jahre alt	8611	8615	X	17226	17584	-2,0	78429	11541420
dar. bis 3 Jahre alt	3980	4369	X	8349	8637	-3,3	35842	4613649
8 Jahre und älter	7913	4491	X	12404	11376	+9,0	115719	15367129
Unbekannt	6536	3154	X	9690	8619	+12,4	24842	3613861
nach der Zahl der Beschäftigten								
Kein Beschäftigter	8421	7507	X	15928	12935	+23,1	X	9286963
1 Beschäftigte(r)	2212	2264	X	4476	4182	+7,0	4476	1733693
2 bis 5 Beschäftigte	4208	2444	X	6652	6481	+2,6	20765	3237521
6 bis 10 Beschäftigte	2103	616	X	2719	2806	-3,1	21034	2110395
11 bis 100 Beschäftigte	3566	477	X	4043	4237	-4,6	111342	7912429
Mehr als 100 Beschäftigte	256	9	X	265	373	-29,0	61373	3618183
Unbekannt	2294	2943	X	5237	6565	-20,2	X	2623226
Übrige Schuldner								
Zusammen	54177	5874	1352	61403	46848	+31,1	X	11466673
Natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä. ...	2805	904	X	3709	6381	-41,9	X	1451511
Ehemals selbständig Tätige 1)	15569	3179	X	18748	14529	+29,0	X	5784985
Ehemals selbständig Tätige 2)	2651	175	118	2944	2130	+38,2	X	692160
Verbraucher	32131	244	1234	33609	21441	+56,8	X	3061493
Nachlässe	1021	1372	X	2393	2367	+1,1	X	476525

1) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind.
2) die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

**6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Jahr 2003**

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl						
A-K, M-O	Insgesamt	23060	16260	39320	37579	+4,6	218990	30522410
A	Land- u. Forstwirtschaft	449	228	677	559	+21,1	2216	247751
01	Landwirtschaft, gewerbliche Jagd	427	213	640	533	+20,1	2149	237873
02	Forstwirtschaft	22	15	37	26	+42,3	67	9878
B	Fischerei u. Fischzucht	-	1	1	2	-50,0	-	26
C	Bergbau u. Gew. v. Steinen u. Erden	20	12	32	37	-13,5	238	40953
D	Verarbeitendes Gewerbe	3251	1305	4556	4344	+4,9	66484	6242915
15	Ernährungsgewerbe	398	137	535	470	+13,8	6980	375319
16	Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	-
17	Textilgewerbe	63	28	91	131	-30,5	1614	143997
18	Bekleidungs-gewerbe	63	27	90	95	-5,3	1848	178742
19	Ledergewerbe	11	10	21	13	+61,5	321	24670
20	Holzgewerbe (ohne Herst. von Möbeln)	230	92	322	320	+0,6	4045	656091
21	Papiergewerbe	22	8	30	39	-23,1	336	39902
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	339	151	490	442	+10,9	4087	432413
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	1	3	4	3	+33,3	6	4019
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen .	69	27	96	73	+31,5	2108	371122
25	Herst.von Gummi- u. Kunststoffwaren	135	56	191	173	+10,4	3158	298178
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	121	55	176	195	-9,7	2426	214136
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	68	21	89	83	+7,2	1951	246559
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	706	269	975	889	+9,7	11146	864590
29	Maschinenbau	398	138	536	537	-0,2	9802	921461
30	Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen	16	15	31	32	-3,1	492	35053
31	Herstellung v. Geräten d. Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u.Ä.	87	32	119	118	+0,8	1892	211882
32	Rundfunk-, und Nachrichtentechnik	66	35	101	86	+17,4	1614	197895
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Optik, Uhren	153	65	218	211	+3,3	1897	196483
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	54	22	76	58	+31,0	2064	131735
35	Sonstiger Fahrzeugbau	22	18	40	33	+21,2	1770	137347
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	179	72	251	260	-3,5	6333	439974
37	Recycling	50	24	74	83	-10,8	594	121347

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Jahr 2003

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.- andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Beschäftigte	Voraus-sichtliche Forde-rungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl						
E	Energie- u. Wasserversorgung	19	8	27	27	0,0	270	49659
F	Baugewerbe	4914	3783	8697	9160	-5,1	44663	3631590
45.1	Vorbereitende Baustellenarbeiten	135	135	270	286	-5,6	907	72140
45.2	Hoch- u. Tiefbau	2175	1812	3987	4326	-7,8	24382	2189397
45.3	Bauinstallation	1312	862	2174	2185	-0,5	12271	799213
45.4	Sonstiges Baugewerbe	1285	965	2250	2347	-4,1	7077	565041
45.5	Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal	7	9	16	16	0,0	26	5798
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	4830	3083	7913	7491	+5,6	35865	5096889
50	Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz; Tankstellen	745	476	1221	1135	+7,6	6296	1200777
51	Handelsvermittlung u. Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	1310	1077	2387	2510	-4,9	12609	1943438
51.1	Handelsvermittlung	263	209	472	453	+4,2	695	180272
51.2	Gh. mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	31	23	54	62	-12,9	369	39558
51.3	Gh. mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	122	104	226	194	+16,5	1296	218338
51.4	Gh. mit Verbrauchs- und Verbrauchsgütern	260	264	524	588	-10,9	3691	523865
51.5	Gh. mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterial u. Reststoffen ..	289	227	516	570	-9,5	3916	573581
51.8	Gh. mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	267	149	416	430	-3,3	2120	317656
51.9	Sonstiger Großhandel	78	101	179	213	-16,0	522	90168
52	Eh. (ohne Handel m. Kfz u. ohne Tankst.); Reparatur von Gebrauchsgütern	2775	1530	4305	3846	+11,9	16960	1952674
52.1	Eh. mit Waren verschiedener Art	256	144	400	394	+1,5	2823	149944
52.2	Fach-Eh. mit Nahrungsmitteln usw.	290	131	421	343	+22,7	1683	130972
52.3	Apotheken; Fach-Eh. mit medizinisch orthopädischen und kosmetischen Artikeln	61	26	87	89	-2,2	472	39773
52.4	Sonstiger Facheinzelhandel	1956	1097	3053	2698	+13,2	11137	1474914
52.5	Eh. m. Antiquitäten u. Gebrauchtwaren ...	60	36	96	64	+50,0	281	17574
52.6	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) ..	94	66	160	198	-19,2	314	79006
52.7	Reparatur von Gebrauchsgütern	58	30	88	60	+46,7	250	60491
H	Gastgewerbe	1836	1268	3104	2655	+16,9	10001	787645
I	Verkehr u. Nachrichten-Übermittlung	1673	920	2593	2451	+5,8	13732	985406
60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	837	411	1248	1209	+3,2	4630	299683
61	Schifffahrt	10	8	18	12	+50,0	65	10497
62	Luftfahrt	9	9	18	11	+63,6	1185	6605
63	Hilfs- u. Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	576	351	927	872	+6,3	6249	440874
63.3	darunter: Reisebüros und Reiseveranstalter	128	107	235	188	+25,0	466	65242
63.4	Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	420	226	646	629	+2,7	5303	344939
64	Nachrichtenübermittlung	241	141	382	347	+10,1	1603	227748

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.
Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

6 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Jahr 2003

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich a.n.g.= andersweitig nicht genannt Gh=Großhandel ; Eh=Einzelhandel	Insolvenzverfahren			Dagegen im Vorjahreszeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Verfahren insgesamt				
		Anzahl						
J	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	249	189	438	383	+14,4	334	469770
65	Kreditgewerbe	12	17	29	26	+11,5	64	250411
	darunter:							
65.2	Sonst. Finanzierungsinstitutionen	11	17	28	24	+16,7	14	27463
66	Versicherungsgewerbe	1	-	1	-	X	10	4274
67	Kredit- u. Versicherungshilfsgewerbe	236	172	408	357	+14,3	260	215086
K	Grundst.-, Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen, wirtschaftliche Dienstleistungen	4217	4454	8671	8174	+6,1	34138	11735465
70	Grundstücks- u. Wohnungswesen	870	1207	2077	2019	+2,9	2202	3590930
70.1	Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	393	618	1011	972	+4,0	1003	1417254
70.2	Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	144	106	250	226	+10,6	327	965591
70.3	Vermittlung und Verwaltung von fremden Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen	333	483	816	821	-0,6	872	1208084
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	130	97	227	219	+3,7	699	211826
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	538	387	925	976	-5,2	4622	462713
73	Forschung u. Entwicklung	58	30	88	104	-15,4	868	235911
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	2621	2733	5354	4856	+10,3	25747	7234085
74.1	Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung usw.	883	1297	2180	1976	+10,3	9038	5383631
74.2	Architektur- u. Ingenieurbüros	563	438	1001	906	+10,5	4830	1001947
74.3	Technische, physikalische u. chemische Untersuchung	15	9	24	31	-22,6	102	45405
74.4	Werbung	287	208	495	480	+3,1	1227	188761
74.5	Personalvermittlung usw.	135	63	198	199	-0,5	2316	56545
74.6	Wach- und Sicherheitsdienste, Detekteien .	68	66	134	95	+41,1	1188	23081
74.7	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	204	215	419	350	+19,7	4171	74551
74.8	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	466	437	903	819	+10,3	2875	460165
M	Erziehung u. Unterricht	132	82	214	154	+39,0	1162	71933
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	440	136	576	498	+15,7	4255	417434
O	Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	1030	791	1821	1644	+10,8	5632	744974
90	Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstiger Entsorgung	88	51	139	115	+20,9	772	107626
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen	44	75	119	101	+17,8	452	52645
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	394	350	744	685	+8,6	1874	404584
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	504	315	819	743	+10,2	2534	180119
	darunter:							
93.01	Wäscherei und chemische Reinigung	83	30	113	82	+37,8	554	59356
93.02	Frisör- und Kosmetiksalons	217	100	317	272	+16,5	887	35963

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

**7 Insolvenzen nach Monaten
Jahr 2003**

Monat	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäftigte	Voraus- sicht- liche Forde- rungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				

Insgesamt

Alle Monate	77237	22134	1352	100723	84427	+19,3	218990	41989083
Januar	6244	1872	126	8242	5746	+43,4	17374	3287279
Februar	5853	1785	86	7724	6385	+21,0	18916	4310394
März	6382	1904	126	8412	7071	+19,0	18439	4126548
April	6711	1951	97	8759	7078	+23,7	22425	3775645
Mai	6209	1947	118	8274	6834	+21,1	18154	3621702
Juni	6173	1811	120	8104	6563	+23,5	15426	3111312
Juli	7001	2079	106	9186	7606	+20,8	17530	3768307
August	5931	1720	85	7736	7676	+0,8	15183	3108764
September	6761	1772	126	8659	7297	+18,7	22215	3175552
Oktober	7075	1946	133	9154	7673	+19,3	21023	3726417
November	6430	1652	115	8197	7723	+6,1	13798	2936978
Dezember	6467	1695	114	8276	6775	+22,2	18507	3040185

darunter Unternehmen

Alle Monate	23060	16260	X	39320	37579	+4,6	218990	30522410
Januar	1892	1353	X	3245	2723	+19,2	17374	2419935
Februar	1790	1316	X	3106	2991	+3,8	18916	3276229
März	1977	1419	X	3396	3199	+6,2	18439	3077621
April	2140	1470	X	3610	3344	+8,0	22425	2679486
Mai	1937	1426	X	3363	3147	+6,9	18154	2629025
Juni	1875	1358	X	3233	2879	+12,3	15426	2249290
Juli	2050	1534	X	3584	3303	+8,5	17530	2818315
August	1789	1232	X	3021	3310	-8,7	15183	2150856
September	1986	1280	X	3266	3233	+1,0	22215	2263627
Oktober	2038	1423	X	3461	3250	+6,5	21023	2674037
November	1696	1203	X	2899	3266	-11,2	13798	2106530
Dezember	1890	1246	X	3136	2934	+6,9	18507	2177460

**8 Insolvenzen nach Ländern
Jahr 2003**

Land	Insolvenzverfahren				Dagegen im Vor- jahres- zeitraum: Verfahren insgesamt	Zu (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vor- jahres- zeitraum	Beschäftigte	Voraus- sicht- liche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereini- gungsplan angenommen	Verfahren insgesamt				
Insgesamt								
Deutschland	77237	22134	1352	100723	84427	+19,3	218990	41989011
Baden-Württemberg	6887	2219	313	9419	8487	+11,0	22306	4251759
Bayern	8706	3027	114	11847	10112	+17,2	31000	5706117
Berlin	3484	1847	89	5420	4450	+21,8	8675	3041744
Brandenburg	2473	872	33	3378	3276	+3,1	5529	1576380
Bremen	961	234	20	1215	1309	-7,2	2066	328196
Hamburg	2404	303	10	2717	2198	+23,6	8003	1388303
Hessen	4876	1550	52	6478	5123	+26,4	15231	2515883
Mecklenburg-Vorpommern	2248	515	30	2793	2505	+11,5	7075	1063560
Niedersachsen	9300	2044	51	11395	9138	+24,7	20014	3364991
Nordrhein-Westfalen	18045	4425	316	22786	17394	+31,0	65063	11209194
Rheinland-Pfalz	3775	840	174	4789	4123	+16,2	6727	1453491
Saarland	1498	248	14	1760	1276	+37,9	2192	219427
Sachsen	4134	1467	28	5629	4957	+13,6	10351	2469382
Sachsen-Anhalt	2726	853	41	3620	3704	-2,3	4122	1235401
Schleswig-Holstein	3489	974	44	4507	3712	+21,4	5398	1101373
Thüringen	2231	716	23	2970	2663	+11,5	5238	1063812
darunter Unternehmen								
Deutschland	23060	16260	X	39320	37579	+4,6	218990	30522410
Baden-Württemberg	1858	1377	X	3235	3366	-3,9	22306	2965586
Bayern	2482	2336	X	4818	4687	+2,8	31000	4031048
Berlin	712	1449	X	2161	2094	+3,2	8675	1826929
Brandenburg	544	651	X	1195	1592	-24,9	5529	1104604
Bremen	146	151	X	297	313	-5,1	2066	224187
Hamburg	758	252	X	1010	809	+24,8	8003	1206536
Hessen	1256	1081	X	2337	2231	+4,8	15231	1781452
Mecklenburg-Vorpommern	780	327	X	1107	1146	-3,4	7075	662441
Niedersachsen	1829	1286	X	3115	2680	+16,2	20014	1873761
Nordrhein-Westfalen	7525	3868	X	11393	9369	+21,6	65063	9961508
Rheinland-Pfalz	938	611	X	1549	1497	+3,5	6727	962317
Saarland	224	186	X	410	298	+37,6	2192	87080
Sachsen	1365	1065	X	2430	2727	-10,9	10351	1718791
Sachsen-Anhalt	1154	649	X	1803	2012	-10,4	4122	849918
Schleswig-Holstein	905	515	X	1420	1388	+2,3	5398	605606
Thüringen	584	456	X	1040	1370	-24,1	5238	660647

Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

**9 Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter
nach Forderungsgrößenklassen
Jahr 2003**

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich Rechtsform Alter	Insgesamt	Verfahren mit geltend gemachten Forderungen von ... EURO								Voraussichtliche Forderungen 1000 EURO	
			unter 5000	5000 bis unter 50000	50000 bis unter 250000	250000 bis unter 500000	500000 bis unter 1 Mio.	1 Mio. bis unter 5 Mio.	5 Mio. bis unter 25 Mio.	25 Mio. und mehr		Forderungen unbekannt
			Anzahl									

Insgesamt

Insgesamt 100723 2284 39187 35437 9479 6096 5283 924 133 1900 41989083

Unternehmen

A-K, Zusammen 39320 905 7780 15420 5831 3934 3793 770 113 774 30522410
M-O

nach Wirtschaftsbereichen

A	Land- u. Forstwirtschaft	677	32	138	278	92	74	50	2	1	10	247751
B	Fischerei u. Fischzucht	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	26
C	Bergbau u. Gewinn. v. Stein u. Erden .	32	1	3	7	2	8	9	2	-	-	40953
D	Verarbeitendes Gewerbe	4556	57	453	1419	840	671	786	220	28	82	6242915
E	Energie u. Wasserversorgung	27	-	3	12	1	2	6	3	-	-	49659
F	Baugewerbe	8697	161	1790	3800	1315	781	585	72	9	184	3631590
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	7913	144	1415	3146	1258	865	779	119	14	173	5096889
H	Gastgewerbe	3104	121	952	1357	323	166	112	11	2	60	787645
I	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ...	2593	63	565	1193	367	208	133	25	2	37	985406
J	Kredit u. Versicherungsgewerbe	438	12	116	170	66	29	31	6	2	6	469770
K	Grundst., Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen usw.	8671	230	1680	3024	1212	880	1128	288	51	178	11735465
M	Erziehung u. Unterricht	214	7	54	88	27	18	18	-	-	2	71933
N	Gesundh., Veterinär- u. Sozialwesen .	576	11	93	192	112	82	63	8	1	14	417434
O	Erbringung sonst. öffentl. u. persönl. Dienstleistungen	1821	66	517	734	216	150	93	14	3	28	744974

nach Rechtsformen

Einzeluntern., Freie Berufe, Kleingewerbe u.Ä.	15041	469	3732	6562	2074	1176	667	69	5	287	4525014
Personengesellsch. (OHG, KG, GbR)	3269	85	422	920	478	438	661	191	22	52	5964037
dar. GmbH & Co. KG	1908	55	172	410	278	284	493	161	22	33	5110640
GbR	869	19	197	373	119	64	76	8	-	13	375815
Gesellschaften m.b.H.	20034	319	3418	7671	3160	2210	2316	451	62	427	16895337
Aktiengesellschaften, KGaA	508	7	53	125	74	67	109	47	22	4	2739374
Sonstige Rechtsformen	468	25	155	142	45	43	40	12	2	4	398648

nach dem Alter der Unternehmen

Unter 8 Jahre alt	17226	396	3994	7298	2374	1430	1212	245	36	241	11541420
dar. bis 3 Jahre alt	8349	247	2328	3559	986	563	451	77	14	124	4613649
8 Jahre und älter	12404	147	1425	3982	2205	1822	2129	449	67	178	15367129
Unbekannt	9690	362	2361	4140	1252	682	452	76	10	355	3613861

Übrige Schuldner

Zusammen	61403	1379	31407	20017	3648	2162	1490	154	20	1126	11466673
Natürl. Pers. als Gesellschafter u.Ä..	3709	264	848	1682	331	241	236	26	3	78	1451511
Ehemals selbständig Tätige 2)	18748	441	4255	9165	2341	1239	702	94	15	496	5784985
Ehemals selbständig Tätige 3)	2944	21	957	1443	220	147	138	7	-	11	692160
Verbraucher	33609	253	24348	7141	603	421	334	14	2	493	3061493
Nachlässe	2393	400	999	586	153	114	80	13	-	48	476525

- 1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.
2) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind.
3) die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen bzw. deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

10 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Alter, Antragsstellern,
Gründe der Eröffnung, Art der Verwaltung nach Rechtsformen
Jahr 2003

Nr. der Klassifikation 1)	Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe u.Ä.	Personengesellschaften		Kapitalgesellschaften		Sonstige Rechtsformen	Voraussichtliche Forderungen
				Insgesamt	dar.: GmbH & Co. KG	GmbH	AG, KGaA		
Anzahl									1000 EURO
A-K, M-O	Insgesamt.....	39320	15041	3269	1908	20034	508	468	30522410
nach Wirtschaftsbereichen									
A	Land- u. Forstwirtschaft	677	439	60	31	161	1	16	247751
B	Fischerei u. Fischzucht	1	1	-	-	-	-	-	26
C	Bergb. u. Gewinn. v. Stein u. Erden	32	5	12	9	15	-	-	40953
D	Verarbeitendes Gewerbe	4556	1123	590	442	2766	65	12	6242915
E	Energie u. Wasserversorgung	27	1	3	3	20	3	-	49659
F	Baugewerbe	8697	3247	675	346	4726	17	32	3631590
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	7913	3070	665	409	4080	63	35	5096889
H	Gastgewerbe	3104	2252	170	43	663	4	15	787645
I	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2593	1495	170	66	899	17	12	985406
J	Kredit u. Versicherungsgewerbe	438	237	21	10	156	22	2	469770
K	Grundst., Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen usw.	8671	1924	746	465	5650	294	57	11735465
M	Erziehung u. Unterricht	214	74	7	2	104	3	26	71933
N	Gesundh., Veterinär- u. Sozialwesen	576	353	33	16	122	3	65	417434
O	Erbringung sonst. öffentl. u. persönl. Dienstleistungen	1821	820	117	66	672	16	196	744974
nach dem Alter der Unternehmen									
	Unter 8 Jahre alt	17226	4415	1543	842	10684	418	166	11541420
	dar. bis 3 Jahre alt	8349	2236	707	373	5073	246	87	4613649
	8 Jahre und älter	12404	2731	1302	894	8079	62	230	15367129
	Unbekannt	9690	7895	424	172	1271	28	72	3613861
nach Antragsstellern									
	Gläubigern	10741	5652	796	279	4114	73	106	3895458
	Schuldern	28579	9389	2473	1629	15920	435	362	26626952
nach Eröffnungsgründen									
	Zahlungsunfähigkeit	25687	14963	1813	757	8464	172	275	11287463
	Drohende Zahlungsunfähigkeit	300	78	28	23	183	7	4	1339328
	Überschuldung	491	-	49	37	420	11	11	707284
	Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung ...	12801	-	1374	1087	10932	317	178	17141718
	Droh. Zahlungsunfähigkeit u. Überschuld.	41	-	5	4	35	1	-	46617
nach Anordnung der Eigenverwaltung									
	Angeordnete Eigenverwaltung.....	185	62	30	16	80	6	7	210136

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

11 Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter
nach Beschäftigungsgrößenklassen
Jahr 2003

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich Rechtsform Alter	Unternehmen mit ... Beschäftigten								Be- schäftigte
		Ins- gesamt	keinem	1	2-5	6-10	11-100	101 und mehr	unbe- kannt	
		Anzahl								
A-K, M-O	Insgesamt.....	39320	15928	4476	6652	2719	4043	265	5237	218990
nach Wirtschaftsbereichen										
A	Land- u. Forstwirtschaft	677	304	71	124	52	52	1	73	2216
B	Fischerei u. Fischzucht	1	1	-	-	-	-	-	-	-
C	Bergbau u. Gewinn. v. Stein u. Erden .	32	6	3	5	1	9	-	8	238
D	Verarbeitendes Gewerbe	4556	1241	380	786	476	1093	119	461	66484
E	Energie u. Wasserversorgung	27	11	6	2	2	3	1	2	270
F	Baugewerbe	8697	3236	952	1554	755	949	38	1213	44663
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	7913	3210	1000	1481	500	674	44	1004	35865
H	Gastgewerbe	3104	1364	400	622	150	160	5	403	10001
I	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung ...	2593	1046	255	479	219	286	10	298	13732
J	Kredit u. Versicherungsgewerbe	438	263	52	46	5	5	-	67	334
K	Grundst.-, Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen usw.	8671	4179	1074	1124	401	585	37	1271	34138
M	Erziehung u. Unterricht	214	90	24	39	15	16	3	27	1162
N	Gesundh.-, Veterinär- u. Sozialwesen .	576	180	70	120	46	75	6	79	4255
O	Erbringung sonst. öffentl. u. persönl. Dienstleistungen	1821	797	189	270	97	136	1	331	5632
nach Rechtsformen										
	Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe u. Ä.	15041	7445	1781	2539	687	509	8	2072	26572
	Personengesellsch. (OHG, KG, GbR)	3269	1113	254	522	248	645	87	400	46028
	dar. GmbH & Co. KG	1908	557	135	278	152	509	81	196	38106
	GbR	869	383	85	157	53	45	1	145	3819
	Gesellschaften m.b.H.	20034	7061	2364	3473	1702	2714	143	2577	131686
	Aktiengesellschaften, KGaA	508	140	46	75	48	113	21	65	11408
	Sonstige Rechtsformen	468	169	31	43	34	62	6	123	3296
nach dem Alter der Unternehmen										
	Unter 8 Jahre alt	17226	6888	2041	3146	1218	1580	79	2274	78429
	dar. bis 3 Jahre alt	8349	3275	997	1572	606	751	30	1118	35842
	8 Jahre und älter	12404	4328	1334	2058	1101	2062	166	1355	115719
	Unbekannt	9690	4712	1101	1448	400	401	20	1608	24842

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 2, R 4.1, 12/2003

Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 1: Kostenstruktur in ausgewählten Wirtschaftszweigen

Die nacheinander in *vierjährlichem* Turnus durchgeführten Erhebungen über die Kostenstruktur der Unternehmen vermitteln ein Bild von dem Leistungsaufwand und seiner Zusammensetzung. Dabei nimmt der Nachweis der Kosten nach Kostenarten den größten Raum ein. Weitere wichtige Tatbestände sind der Umsatz, ausgewählte Posten der Jahresbilanz (Sachanlagen, Bestände, Forderungen und Verbindlichkeiten) sowie der Material- und Wareneinsatz. Als Bezugsgrundlage für die Kosten werden die Gesamtleistung oder die Einnahmen herangezogen. Die Gruppierung der Unternehmen erfolgt nach Gesamtleistungs- bzw. Einnahmengrößenklassen; bei einigen Erhebungsbereichen (z. B. Handwerk) auch nach Beschäftigtengrößenklassen.

Reihe 1.1: Kostenstruktur im Handwerk

Reihe 1.2.1: Kostenstruktur im Großhandel

Reihe 1.2.2: Kostenstruktur bei Handelsvertretern und Handelsmaklern

Reihe 1.3: Kostenstruktur im Einzelhandel

Reihe 1.4: Kostenstruktur im Gastgewerbe

Reihe 1.5.1: Kostenstruktur der nichtbundeseigenen Eisenbahnen, des Stadtschnellbahn-, Straßenbahn- und Omnibusverkehrs, der Reiseveranstaltung und -vermittlung

Reihe 1.5.2: Kostenstruktur des gewerblichen Güterkraftverkehrs, der Speditionen und Lagereien, der Binnenschifffahrt (Güterbeförderung) und der See- und Küstenschifffahrt

Reihe 1.6.1: Kostenstruktur bei Arzt-, Zahnarzt- und Tierarztpraxen

Reihe 1.6.2: Kostenstruktur bei Rechtsanwälten und Anwaltsnotaren, bei Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern, Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten, bei Architekten und Beratenden Ingenieuren

Reihe 1.6.3: Kostenstruktur der Unternehmen der Wirtschafts- und Unternehmensberatung sowie der Heilpraktikerpraxen

Reihe 1.6.4: Kostenstruktur der Design-Unternehmen und der Praxen von Psychotherapeuten

Reihe 1: Sonderberichte

Erstmalig werden für die neuen Länder und Berlin-Ost die wichtigsten Wirtschaftszweige dargestellt.

Die Ergebnisse der *jährlichen* Kostenstrukturerhebungen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe und bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung werden in Fachserie 4: „Produzierendes Gewerbe“ veröffentlicht.

Reihe 2: Kapitalgesellschaften

2.1: Abschlüsse von Kapitalgesellschaften

2.2: Zahl und Nominalkapital der Kapitalgesellschaften

Mit den Daten für das Berichtsjahr 1991 bzw. 1993 legte das Statistische Bundesamt letztmalig Informationen über die Bilanz- und Bestandsstatistiken der Kapitalgesellschaften vor; im Zusammenhang

mit der Überprüfung des Programms der Bundesstatistik wurde u. a. die Einstellung der Bilanz- und Bestandsstatistik der Kapitalgesellschaften beschlossen.

Reihe 3: Abschlüsse der öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen

Die Reihe wurde eingestellt. Die Ergebnisse werden künftig in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“ erscheinen.

Reihe 4: Zahlungsschwierigkeiten

4.1: Insolvenzverfahren

Über Konkurse sowie eröffnete Vergleichsverfahren wird *monatlich* berichtet. Zugleich enthalten die Juniausgabe das Halbjahresergebnis und die Dezemberveröffentlichung das Jahresergebnis. Die Insolvenzverfahren werden nach Rechtsform, Alter und Wirtschaftszweig der Unternehmen, nach Größenklassen der Forderung sowie nach Bundesländern gegliedert. Außerdem werden Angaben über Wechselproteste und nicht eingelöste Schecks gebracht.

4.2: Finanzielle Abwicklung der Insolvenzverfahren

Die *jährliche* Veröffentlichung über die finanziellen Ergebnisse der eröffneten und abgewickelten Konkurs- und Vergleichsverfahren enthält in der Gliederung nach Rechtsform, Alter und Wirtschaftszweig der Unternehmen sowie nach Bundesländern u. a. einen Überblick über Forderungen, Teilungsmassen und Verluste sowie Deckungsquoten.

Reihe 5: Gewerbeanzeigen

Berichtet wird (1996 *vierteljährlich*) ab 1997 *monatlich* über Gewerbe-, -um- und -abmeldungen in der Untergliederung nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen, Ländern und für Einzelunternehmen über deren Staatsangehörigkeit.

Einzelveröffentlichungen

Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 werden in mehreren thematisch gegliederten Heften veröffentlicht. Eine Titelliste steht auf Anforderung zur Verfügung.

Klassifikationen

Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1993.

Alphabetisches Verzeichnis der Betriebs- und ähnlichen Benennungen zur Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979.

DUSTATIS
wissen. nutzen.

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Die Veröffentlichungen sind über den Vertriebspartner:
SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group,
Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50,
E-Mail: destatis@s-f-g.com erhältlich.